

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

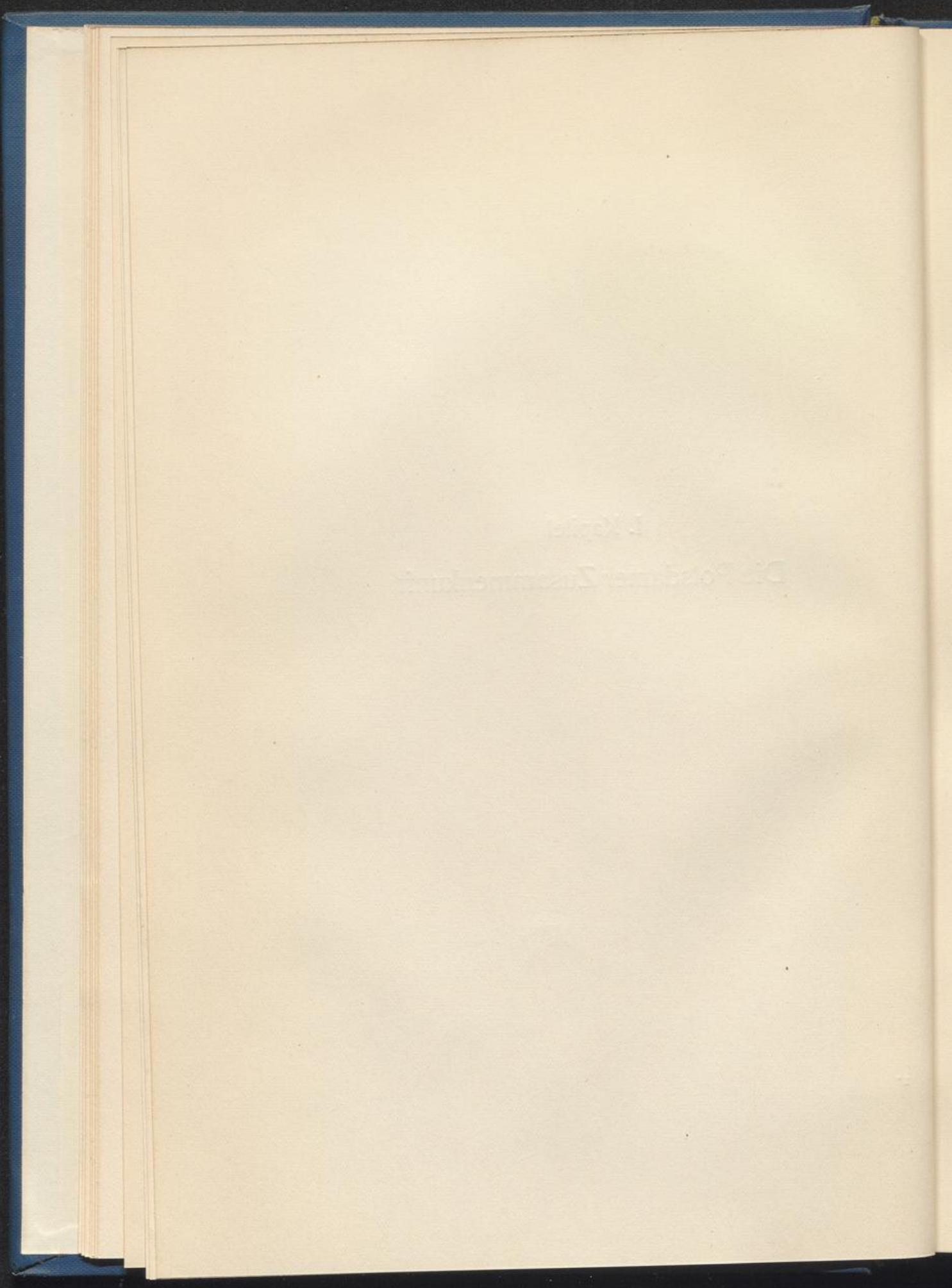
1. Buch: Das Vorspiel 1911

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-79744)

I. Buch
Das Vorspiel 1911

der Feigenzelle

I. Kapitel
Die Potsdamer Zusammenkunft



*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Telegramm

Paris, den 27. Dezember/9. Januar 1910/11

Da in der hiesigen Presse immer wieder Gerüchte auftauchen, die sich auf angebliche Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beziehen, hat Pichon sich entschlossen, seine Rede im Parlament nicht länger aufzuschieben. Er wird die Beziehungen Frankreichs zu allen Mächten berühren, vor allem aber will er die Unerschütterlichkeit des franko-russischen Bündnisses betonen, ebenso das volle Zutrauen zu unserer Politik und die Befriedigung, mit der Frankreich den Umstand begrüßen würde, wenn der Möglichkeit von Reibungen zwischen Rußland und Deutschland vorgebeugt würde. Pichon ist überzeugt, daß er auf diese Weise die erwähnten Gerüchte wird widerlegen können.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 2

Paris, den 5./18. Januar 1911

In einer der ersten Sitzungen, die nach der Wiedereröffnung der französischen Deputiertenkammer stattfanden, benutzte H. Pichon die Diskussion über das Budget des Ministeriums des Äußeren zu einer ausgedehnten Rede, deren Hauptzweck es war, den unerwünschten Kommentaren, die seit der Potsdamer Zusammenkunft nicht aufhören wollten, ein Ende zu machen.

Der Minister des Äußeren begann damit, auf die von Frankreich im Laufe des letzten Jahres in Marokko erzielten Erfolge hinzuweisen, wo, nach seinen Worten, die französischen kulturellen Unternehmungen bei strengster Berücksichtigung der Rechte der anderen Mächte und in vollem Einvernehmen mit dem Maghzen unaufhörliche Fortschritte machen. Bei dieser Gelegenheit dementierte der Minister

die in Deutschland entstandenen Gerüchte hinsichtlich des Erscheinens eines französischen Kriegsschiffes vor Agadir, indem er darauf hinwies, daß es für Frankreich auch im Interesse aller Mächte notwendig sei, den Waffenschmuggel an der ganzen Küste Marokkos zu bekämpfen, und indem er erklärte, daß die französische Regierung allen Plänen, die den von ihr übernommenen Verpflichtungen zuwiderliefen, fernstehe.

Indem er zu den allgemeinen Fragen der Politik überging, wandte sich Pichon vor allem zu den Beziehungen Frankreichs zu Italien und der Türkei. Nachdem er die vollständige Übereinstimmung der Ansichten zwischen den Kabinetten von Paris und Rom in allen Angelegenheiten, wo sie miteinander in Berührung kommen, unterstrichen hatte, verbreitete er sich ausführlicher über die Lage, die durch den Mißerfolg, den die türkische Anleihe vor kurzem an der hiesigen Börse erlitten hat, geschaffen worden ist. Der Minister berief sich auf Frankreichs Pflicht, die im Ausland investierten Ersparnisse seiner Bürger sicherzustellen, und führte ausschließlich auf diese Erwägungen die Bedingungen zurück, die die französische Regierung trotz aller Zuvorkommenheit und Sympathie, die sie dem neuen Regime im Osmanischen Reiche entgegenbringt, den Türken aufzuerlegen gezwungen war.

Um die Tatsache zu bekräftigen, daß die führenden Kreise Konstantinopels ihrerseits nicht an der wohlwollenden Stellungnahme Frankreichs ihnen gegenüber zweifeln, führte H. Pichon entsprechende Erklärungen an, die die führenden Minister der Türkei in dieser Angelegenheit letztthin abgegeben haben. Was Kreta anbetrifft, so wird in der Rede mit einigen Worten festgestellt, daß die eingetretene Änderung des osmanischen Regimes nicht umhin konnte, Wirkungen auf die Angelegenheiten Kretas auszuüben, und der Minister äußerte zu diesem Punkte sein Bedauern darüber, daß die Bevölkerung der Insel die Schutzmächte gezwungen habe, Maßnahmen zu ergreifen, die sie lieber vermieden hätten. Pichon widmete der innigen Freundschaft, die Frankreich und England verbindet, besonders warme Worte und nannte diese Freundschaft eine der wertvollsten Errungenschaften während der letzten sechs Jahre.

Bei Erwähnung Österreichs beschränkte sich der Minister darauf, zu erklären, daß seine Interessen denen Frankreichs nicht entgegengesetzt seien, daß aber die wechselseitigen Beziehungen der erwähnten Staaten in genauerer Form durch den Geist der von jedem von ihnen im einzelnen abgeschlossenen Verträge und Abkommen bestimmt seien. So ist, fügte er hinzu, in der Frage von Bosnien und der Herzegowina die Regierung stets Hand in Hand mit Rußland und England vorgegangen. Die erstere dieser Mächte sah die Anwendung von Gewalt zur Lösung der entstandenen Divergenzen nicht als unvermeidbar an, und Frankreich hatte keine Ursache, sich dieser An-

sicht nicht anzuschließen; nichtsdestoweniger hat sich Rußland unter den erwähnten Umständen von der unerschütterlichen Treue seines Bundesgenossen voll überzeugen können.

Diese letzten Worte veranlaßten H. Pichon, ganz zwanglos zu dem Hauptpunkte seiner Rede überzugehen, und mit erhobener Stimme verkündete er mit Nachdruck die Unantastbarkeit und Vitalität des französisch-russischen Bündnisses, das, bar aller aggressiven Ziele, ausschließlich auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet sei. Indem er sich gegen diejenigen wandte, die im Hinblick auf die Potsdamer Zusammenkunft Unruhe zeigten, berief sich der Redner auf die Ausführungen des deutschen Kanzlers im Reichstage, um ihnen neue Beweise dafür zu entnehmen, daß den letzten deutsch-russischen Besprechungen auch die geringste Bedrohung der franko-russischen Interessen fehlte. Nach der tiefen Überzeugung des Ministers kann Frankreich das in Potsdam zutage getretene Einverständnis der beiden Kaiserlichen Regierungen bezüglich der wünschenswerten Erhaltung des *status quo* auf der Balkanhalbinsel nur begrüßen. Was die Vereinbarung über die persischen Eisenbahnen anbelangt, so nähert sie sich ihrem Wesen nach stark derjenigen, die seinerzeit Frankreich selbst mit Deutschland bezüglich der marokkanischen Angelegenheiten getroffen hat, und deshalb betrachtet der Minister diese Vereinbarung als ein glückliches Ereignis, das die schon vorhandenen Abmachungen hinsichtlich Persiens zwischen Rußland und England äußerst günstig ergänzt.

Auf die an dieser Stelle eingeworfene Frage des H. Jaurès, ob die französische Regierung davon unterrichtet gewesen sei, daß das Petersburger Kabinett in Potsdam die Frage der Bagdadbahn zu erörtern beabsichtige, erklärte H. Pichon, daß die Behandlung dieser Frage im Laufe der erwähnten Zusammenkunft ihm nicht unerwartet gekommen sei. Er betonte nochmals die Festigkeit der Bande, die die beiden Alliierten verknüpfen, und erinnerte mit ehrerbietiger Dankbarkeit an die allergnädigsten Beweise hohen Wohlwollens, die unser erhabener Monarch Frankreich und dem französischen Volke bei jeder geeigneten Gelegenheit immer wieder zu zeigen geruht habe. Diese Worte wurden von der Kammer mit Beifallssturm aufgenommen.

Zusammenfassend erwähnte der Minister des Äußeren, nachdem er den Vorwurf der Isolierung Frankreichs zurückgewiesen hatte, eine ganze Reihe von Abkommen, die Frankreich im Laufe der letzten Jahre in Ergänzung seines Bündnisses mit Rußland, das die Grundlage für seine internationalen Beziehungen bildet, geschlossen hat. Nachdem er die Absicht ausgesprochen hatte, diese Abkommen in Zukunft noch weiter zu entwickeln, bemerkte H. Pichon, daß es unzulässig sei, die Unstimmigkeiten, unter denen die innere Politik leidet, auf das Gebiet der äußeren Politik zu übertragen, und nachdem

er daran erinnert hatte, daß sich die Diplomatie, um ihre Aufgabe erfolgreich zu lösen, auf eine ausreichende Militärmacht stützen müsse, schloß er seine Rede mit einem Appell an den Patriotismus der Vertreter der Nation zum Zweck der Verstärkung der militärischen Macht Frankreichs. Ich halte es für meine Pflicht, Eurer Exzellenz einen Zeitungsausschnitt zu übersenden, der den vollständigen Wortlaut der Rede des französischen Außenministers enthält.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 3

Paris, den 5./18. Januar 1911

Es ist notwendig, aus der Zahl der Reden, die gelegentlich der Aussprache über das Budget des Ministeriums des Äußeren in der Deputiertenkammer gehalten wurden, auf die Reden von Denys Cochin und Jaurès hinzuweisen. Die erstere ging unmittelbar derjenigen des H. Pichon voraus, während die letztere, sehr ausführliche, fast die ganze folgende Sitzung in Anspruch nahm.

H. Denys Cochin hob mit besonderem Nachdruck die finanzielle Macht Frankreichs hervor und forderte die Regierung der Republik auf, diese Macht im Interesse der französischen Politik ausgiebig zu gebrauchen. Der Führer der Rechten erörterte von diesem Gesichtspunkt aus auch das russisch-deutsche Übereinkommen betreffs der türkischen und persischen Eisenbahnen. Er hielt ein so großes Unternehmen wie den Bau von Eisenbahnen in Zentralasien ohne Beteiligung französischer Kapitalien für unausführbar und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung diesen Umstand zu benutzen verstände, um den Einfluß Frankreichs in dieser Angelegenheit sicherzustellen. H. Denys Cochin schloß seine Rede, indem er der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß die ganze Kammer das Bündnis mit Rußland als das beste Mittel zur Verteidigung der französischen Interessen ansehe. Diese Worte wurden von der Kammer sehr zustimmend aufgenommen.

Die Rede des Führers der vereinigten Sozialisten hatte in bezug auf das Verhältnis zu Rußland einen weniger freundschaftlichen Charakter. Ohne den Nutzen des französisch-russischen Bündnisses als Friedensgarantie zu leugnen, und ohne in den russisch-deutschen Verhandlungen eine Gefahr für Frankreich zu erblicken, machte er der französischen Diplomatie den Vorwurf allzu großer Unterwürfigkeit Rußland gegenüber. Während nach Jaurès' Meinung Frankreich in Rußlands Interesse sich der Realisierung des Projektes der

Bagdadbahn widersetzt hat, habe Rußland bereits mit Deutschland in dieser Angelegenheit ein Übereinkommen getroffen und sich in Berlin eine weit vorteilhaftere Stellung geschaffen als Frankreich, das seine Beziehungen zu Deutschland kompromittiert habe, indem es eifrig den russischen Interessen diente. Diese Ausführungen wurden im allgemeinen sehr küh aufgenommen. Die Klagen des H. Jaurès über die Unpersönlichkeit der französischen Politik hatten beim Parlament mehr Erfolg und fanden sogar in der gemäßigten Presse ein gewisses Echo. Jedoch wurde der Eindruck, den diese Kritik hervorrief, zum großen Teil durch die gewohnten Ergüsse des H. Jaurès über das Thema der Völkerverbrüderung und die Gefahr des bewaffneten Friedens abgeschwächt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 3

Paris, den 5./18. Januar 1911

In Anbetracht des Vorwurfes, daß die russische Regierung Frankreich nicht im voraus von den Besprechungen in Potsdam unterrichtet habe, und um derartige Vorwürfe in Zukunft zu verhindern, sprach Pichon in einer Unterredung mit mir den Wunsch aus, von etwaigen wesentlichen Änderungen des Projektes unserer Vereinbarung mit Deutschland oder von neuen Fragen, die unsere Besprechungen mit Berlin berühren sollten, unterrichtet zu werden. Die Einzelheiten folgen morgen brieflich durch den Kurier.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 5./18. Januar 1911

Ich hoffe, daß ich Ihre Aufmerksamkeit nicht allzusehr mißbrauche, wenn ich Ihnen in den Auszügen der Zeitungen nicht nur die Rede des H. Pichon, sondern auch die der Herren Denys Cochin und Jaurès unterbreite, die, zusammen betrachtet, ein sehr getreues Bild der hier vorherrschenden Meinungen geben.

Wie Sie bereits wissen, unterrichtete mich H. Pichon einige Tage vor der Kammersitzung in allgemeinen Umrissen von dem Plan seiner

Erklärungen. Die wohlwollende und geistreiche Kritik des H. Denys Cochin, eines persönlichen Freundes von H. Pichon, diente dem Minister gewissermaßen als Unterlage für seine eigene Rede; ihr Zweck war, die öffentliche Meinung, die durch Kommentare der Presse über die Bedeutung und die Folgen der Potsdamer Zusammenkunft ernstlich beunruhigt war, zu beschwichtigen. Wie ich Ihnen bereits schrieb, teilte H. Pichon selbst diese Beunruhigung durchaus nicht. In einer Unterhaltung mit mir über die erwähnte Zusammenkunft brachte er nur in einer sehr vorsichtigen und milden Form sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Sie H. Georges Louis vor Ihrer Abreise nach Berlin nicht genauer von dem Programm der bevorstehenden Besprechung über die persischen Angelegenheiten und vor allem auch darüber nicht unterrichtet hätten, daß im Laufe dieser Besprechungen die Frage der Bagdadbahn berührt werden würde. H. Pichon sah voraus, daß gerade dieser Punkt der Opposition als Vorwand für Vorwürfe dienen würde. Genau so kam es: H. Jaurès stellte dem Minister des Äußeren wiederholt und mit großer Hartnäckigkeit die Frage, ob er im voraus davon unterrichtet gewesen sei, daß Rußland auf seinen Einspruch gegen die Bagdadbahn verzichten werde. Ein Teil der Presse stellte fest, daß Pichons Antwort keine vollständige Sicherheit zeigte und nicht ganz den Eindruck besiegelte, die russische Regierung habe sich in der Bagdadfrage von Frankreich und England getrennt, um in Persien und an der türkisch-persischen Grenze ihre eigenen Interessen zu wahren. Die anderen Einwände von Jaurès, dem berühmten doktrinären Sozialisten und leidenschaftlichen Gegner des Bündnisses mit Rußland, verdiensten keine ernstliche Beachtung und wurden auch von der Kammer sehr kühl aufgenommen.

Im allgemeinen rief die Rede Pichons, die sehr glücklich aufgemacht war und mit großer Überzeugungskraft vorgetragen wurde, zweifellos den beabsichtigten Eindruck hervor und erweckte die lebhaftesten Sympathien nicht nur im Parlament, sondern auch in den weitesten Kreisen der französischen Gesellschaft. Die Stellen, an denen von König Eduard, von der Unantastbarkeit des Bündnisses mit Rußland und der entente cordiale mit England sowie von der Notwendigkeit für Frankreich, unermüdlich über seine Streitkräfte zu Lande und zu Wasser zu wachen, die Rede war, wurden mit besonders lautem Beifall aufgenommen.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen außer dem Text der oben erwähnten Reden den Artikel des „Temps“ vorzulegen, in dem der bekannte Publizist Tardieu die Reden der Herren Pichon und Jaurès kommentiert. Dieser Artikel ist insofern interessant, als er zweifellos die in den hiesigen Finanzkreisen herrschenden Ansichten einmal über die Frage der Bagdadbahn und dann im allgemeinen über die Wirtschaftspolitik Frankreichs im nahen Orient wiedergibt. H. Tar-

dieu weist den französischen Minister des Äußenen auf das Beispiel Rußlands hin, das den Weg der Verständigung mit Deutschland beschritten hat. Sie wissen sicher, daß H. Tardieu einerseits in ständiger naher Fühlung mit dem hiesigen Ministerium des Äußenen steht, sich aber andererseits nicht scheut, manchmal die Tätigkeit dieses Ministeriums einer sehr strengen Kritik zu unterziehen. In dem vorliegenden Falle kann man vermuten, daß die Ansicht des H. Tardieu sich sehr stark der persönlichen Überzeugung H. Pichons nähert, und daß unser Übereinkommen mit Deutschland in den persischen Angelegenheiten tatsächlich als Anreiz zu einer neuen und entschlossenen Haltung der französischen Politik in der Frage der Bagdadbahn dienen wird.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

P. S. Wie ich Ihnen soeben telegraphierte, spielte H. Pichon auf die oben erwähnten Vorwürfe des H. Jaurès an, die besagten, daß die russische Regierung Frankreich nicht im voraus davon unterrichtet habe, daß in Potsdam Besprechungen über die Bagdadbahn stattfinden sollten. Um in Zukunft die Wiederholung derartiger Vorwürfe zu vermeiden, sprach er mir gegenüber den Wunsch aus, ihn zu benachrichtigen, falls das Projekt unseres Abkommens mit Deutschland, von dem er bereits Kenntnis hat, irgendwelche wesentlichen Änderungen erleiden sollte, oder, falls unsere Besprechungen mit Berlin diese oder jene neue Frage berühren sollten. Ich habe H. Pichon versprochen, Ihnen sofort seinen Wunsch zu übermitteln.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 2./15. Februar 1911

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Ich glaube, in meinen einander folgenden Briefen das Bild von der Aufregung, die hier um sich gegriffen hat, nicht übertrieben zu haben. Seit meiner Ankunft bin ich mit einer großen Zahl von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammengekommen, da ich mir vorgenommen habe, nicht nur Beziehungen zur ersten Gesellschaft zu unterhalten, sondern ich bin mit möglichst breiten politischen, literarischen, wissenschaftlichen usw. Kreisen in Verbindung getreten. Dies ist gleichzeitig interessant und nützlich,

denn Sie können gar nicht glauben, bis zu welchem Grad selbst die ernsthaft zu nehmenden Leute hier über Rußland und die russischen Angelegenheiten schlecht unterrichtet sind.

Alle diese Unterredungen haben mir bewiesen, daß der von Kiderlen-Wächter so geschickt organisierte Pressefeldzug Frankreich stark beeindruckt hat. Dieser Eindruck macht sich hauptsächlich in den Parlamentarischen Kreisen bemerkbar. Ich meinerseits habe mein möglichstes getan und tue es noch, um dem entgegenzuwirken; aber es ist sehr schwierig, da ich sehr beschränkte Mittel zur Beeinflussung der Presse habe. Als Beispiel für die Geschicklichkeit, mit der sich die Deutschen der Presse bedienen, kann der Zwischenfall bezüglich des angeblichen „Interviews“ des Generals Brun dienen. Sie haben hoffentlich die „Nowoje Wremja“ dahingehend verwirrt, daß es nicht anständig ist, sich einer als jüdisch-deutsch bekannten Agentur wie „Hirsch“ zu bedienen und daß das Rußland schaden kann. Meiner Meinung nach ist es unabweisbar nötig, der Art, wie unsere Zeitungen über die politischen Angelegenheiten Europas informiert werden, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Auf Grund meiner Überlegungen, mit welchen Mitteln man die Franzosen und die anscheinend noch mehr aufgeregten Engländer beruhigen könnte, bin ich zu folgenden Schlüssen gekommen: Zuerst wäre es, wie mir scheint, sehr dienlich, wenn nach den Reden von Pichon, Grey und Aehrenthal auch Sie in der Duma oder im Reichsrat das Wort ergreifen würden. Ich bin mir der Schwierigkeiten, die das bei uns macht, bewußt, erlaube mir aber trotzdem Ihnen zu sagen, daß die Art, wie die Potsdamer Zusammenkunft kommentiert wurde, sich zum großen Teil daraus erklärt, daß Sie nicht rechtzeitig mit einer autoritativen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten sind. Ich denke, es ist noch Zeit, es zu tun. Ferner wäre es gut, wenn Sie Ihre Ankunft hier beschleunigen und, falls es Ihnen möglich, noch vor den Osterferien (neuen Stils) nach Paris und London kommen könnten . . . Nach unserem Ostern würde ich gerne für einige Tage nach London fahren, um der Hochzeit der jungen Komtesse Benckendorff beizuwohnen. Wenn ich mich in London vor Ihrem Londoner Besuch sehen ließe, so befürchte ich, daß ein unerwünschtes Gerede in der Presse entstehen könnte. Zuletzt nenne ich Ihnen noch ein Mittel, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die russisch-französische Militärkonvention unerschütterlich ist, ohne mich jedoch für eine Empfehlung entschließen zu können. Im geheimen sind mehrere Personen zu mir geschickt worden, um mich daran zu erinnern, daß vor einigen Jahren davon die Rede war, besondere militärische französische und russische Bevollmächtigte nach Petersburg und Paris zu senden, wie es zwischen Petersburg und Berlin der Fall ist. Ich habe mich natürlich taub gestellt, halte es aber für meine Pflicht, Sie über diese Dinge auf dem laufenden zu halten. Sawinski wird die

Umstände auseinandersetzen, unter denen diese Frage berührt worden ist.

Zum Schluß nehme ich mir die Freiheit, Ihnen zu sagen, daß es während dieser ganzen Zeit sehr schwierig für mich war, in den laufenden Angelegenheiten mangels ausreichender Informationen klar zu sehen. Wäre es Ihnen nicht möglich, mich öfter über den Inhalt der Telegramme, die Sie über die persischen Angelegenheiten nach London schicken, zu informieren? Dies ist für mich unentbehrlich und würde mich instand setzen, das, was Pichon mir über unsere Beziehungen zu England in dieser Sache sagt, zu kontrollieren.

Ich bitte um Entschuldigung wegen dieses zu ausführlichen und vielleicht auch zu offenherzigen Briefes und bitte Sie, sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch, usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 31. März/13. April 1911

Im Laufe der Debatten im Senat über die äußere Politik Frankreichs, die zwei Tage dauerten, und über die ich unter dem heutigen Datum einen eingehenden Bericht Nr. 28 erstatten werde, traten die verschiedenen Gesichtspunkte, die hier hinsichtlich der gegenwärtigen internationalen Lage Frankreichs herrschen, klar hervor. Die Redner der Opposition verfehlten nicht, die Kritiken und Unterstellungen zu wiederholen, die Sie aus meinen früheren Briefen bereits kennen. Diese Redner bemühten sich nicht nur, in dem Bestreben bei ihren Hörern mit allen Kräften ein Gefühl der Unruhe und des Mißtrauens gegen die Regierung hervorzurufen, zu übertreiben, sondern sie schreckten nicht einmal vor Sinnlosigkeiten und offenkundig falschen Behauptungen zurück. Ihr Thema ist, Rußland habe sich in Potsdam endgültig von Frankreich und England getrennt und sei ins Lager des Dreibundes übergegangen. Infolge dieser Tatsache, wie auch infolge der Unbeständigkeit der englischen Freundschaft, befindet Frankreich sich in einer gefährlichen und äußerst hilflosen Lage. Gleichzeitig erwähnte man wiederum die neue Verlegung der russischen Truppen, die angeblich unsere militärische Stellung an der deutschen Grenze geschwächt habe; einer der Redner, H. de Lamarzelle, erklärte, Rußland habe in Potsdam ein Bündnis mit Deutschland gegen England geschlossen, um sich eines Ausgangs nach dem Persischen Golf zu versichern.

Die Antwortrede des H. Cruppi war nicht besonders eindrucksvoll. Wenig bewandert in den Fragen der äußeren Politik und in

der Geschichte der diplomatischen Beziehungen, verstand er es nicht, mit genügender Kraft und Entschiedenheit die absurden Argumente der Gegner der Regierung zunichte zu machen. Zu seinem Glück kam ihm der ehrwürdige H. Ribot zu Hilfe, der Begründer des französisch-russischen Bündnisses und ein Redner erster Ordnung, der sich eines enormen Einflusses, nicht nur in den beiden Kammern, sondern auch in weiten Kreisen der französischen Gesellschaft erfreut. Ich erlaube mir Sie zu bitten, die beiden Reden des H. Ribot in den Sitzungen vom 6. und 7. April, die meinem heutigen Bericht beigefügt sind, mit der größten Aufmerksamkeit zu lesen. Sie sind gewissermaßen die Synthese der ganzen französischen Politik im Laufe der letzten zwanzig Jahre. Mit einer außerordentlichen Überzeugungskraft vorgetragen, erweckten sie einen ermutigenden Eindruck und trugen unstreitig zu einem der Regierung günstigen Ausgang der Debatten bei. Nicht nur die optimistische Note, die in ihnen durchklang, sondern auch die milde wohlwollende Kritik, der H. Ribot die Politik der Vorgänger H. Cruppis unterwarf, gefiel der Öffentlichkeit. Der Sinn seiner Reden ist folgender: Ja, das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland ist fest und unerschütterlich, die entente cordiale mit England ist zuverlässig, aber die französische Diplomatie hat es im Laufe der letzten Jahre nicht verstanden, hieraus sowohl für seine eigenen Interessen als auch für die Interessen der ganzen Mächtegruppe, die dieser Verbindung angehört, genügend Gewinn zu ziehen; ein engerer Kontakt zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Triple-Entente ist unentbehrlich, und vor allem ist die vorbereitende, sozusagen tägliche Prüfung der verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, und der möglichen Eventualitäten unter ihnen nötig.

Wie ich mich überzeugen konnte, werden die Gedanken des H. Ribot von den ernsthaftesten und einflußreichsten Persönlichkeiten Frankreichs geteilt, und ich wage anzunehmen, daß sie auch von unserer Seite eine aufrichtige Sympathie und Förderung verdienen. In dem Augenblick, wo Fragen von so erstklassiger Wichtigkeit für uns auftauchen, wie die Bewilligung bedeutender finanzieller Hilfsmittel an die Türkei und die Entwicklung ihres strategischen Eisenbahnnetzes, ist es für uns im höchsten Grade wichtig, daß Frankreich nichts unternimmt, ohne sich mit uns vorher genau ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ich werde nicht verfehlen, die hier vorherrschende Stimmung dahin auszunutzen, um der französischen Regierung die Notwendigkeit der engsten Solidarität mit uns in allen diesen und anderen uns interessierenden Angelegenheiten zu suggerieren.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 28

Paris, den 31. März/13. April 1911

Die Außenpolitik Frankreichs und insbesondere seine Haltung Rußland gegenüber waren das Thema lebhafter und interessanter Debatten in den Sitzungen des Senats am 6. und 7. April.

Die Diskussionen hierüber wurden durch die Interpellation des H. Gaudin de Villaine, eines konservativen Senators, hervorgerufen. Der Einbringer der Interpellation sowie sein Parteikollege H. de Lamarzelle, der nach ihm die Tribüne bestieg, hielten so lange Reden, daß der Minister des Äußeren seine Erklärungen auf den folgenden Tag verschieben mußte. Die unvorsichtigen und der Wirklichkeit widersprechenden Erklärungen der Redner der Rechten blieben jedoch nicht ohne sofortige Erwiderung. In einer glänzenden und außerordentlich ideenreichen Rede, die im Ausschnitt beigefügt ist, gab H. Ribot mit dem ihm eigenen gesunden Verständnis für die internationalen Beziehungen der Versammlung das richtige Bild der internationalen Beziehungen Frankreichs.

Die Herren Gaudin de Villaine und de Lamarzelle brachten in starker Übertreibung die Befürchtungen zum Ausdruck, die die augenblicklichen internationalen Begebenheiten ihrem patriotischen Gefühl einflößten, und übten eine stark parteiische Kritik an der auswärtigen Politik der Regierung der Republik. Da sie beweisen wollten, daß eine vernünftige Außenpolitik unvereinbar mit der republikanischen Regierungsform sei, schilderten sie die internationalen Begebenheiten in einem sehr tendenziösen Lichte. H. Gaudin de Villaine versuchte darzutun, daß die deutsche Politik der Isolierung Frankreichs alle Mächte des Kontinents sich von Frankreich habe abwenden lassen, und daß die Regierung der Republik es nicht verstanden habe, dem irgendwie entgegenzuwirken. Die Beweisführung des H. de Lamarzelle litt an einem noch größeren Mangel an Mäßigung. Er scheute sich nicht, zu behaupten, das französisch-russische Bündnis sei durch die Potsdamer Zusammenkunft aufgelöst worden, und Rußland habe sich, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich, auf die Seite Deutschlands gestellt. Seiner Ansicht nach trachtet Rußland augenblicklich nach dem Persischen Golf, und hat, unterstützt von Deutschland, England eine furchterliche Niederlage in der Bagdadangelegenheit beigebracht. Nach H. de Lamarzelle ist die Lage der englisch-französischen Beziehungen nicht viel tröstlicher¹⁾.

H. Ribot wandte sich energisch gegen einen solchen Pessimismus in der Bewertung der internationalen Lage Frankreichs. Als Teilnehmer an der Errichtung des Zweibundes sprach er mit Nachdruck sein

¹⁾ Im Original irrtümlich: „nicht weniger tröstlich“.

Vertrauen zu dessen Unerschütterlichkeit aus. Nachdem er im einzelnen auf die Vorgeschichte seiner Gründung eingegangen war, bezeichnete er das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich als ein auf politischer Notwendigkeit begründetes. H. Ribot hält die Freundschaft mit England für nicht weniger fest und schreibt ihr eine große diplomatische Stärke zu.

Wenn man manchmal den Eindruck haben könnte, daß sich die Bande zwischen Frankreich, Rußland und England gelockert hätten, so sei der Grund hierfür nicht in einer Abkühlung der Beziehungen zwischen diesen Mächten, sondern nur in einer nicht genügend aktiven Zusammenarbeit zwischen ihnen zu suchen. H. Ribot würde gern einen häufigeren und vollständigeren Meinungsaustausch zwischen den verbündeten Kabinetten, sowohl in den laufenden Angelegenheiten als auch bezüglich der etwa eintretenden Eventualitäten, sehen. In diesem Falle würden die Mächte der Triple-Entente ihre Kräfte besser ausnützen und unerwünschte Kommentare vermeiden können.

Die Zusammenkunft von Potsdam sowie die Verlegung des VI. Korps der russischen Armee brauchten in Frankreich nicht den mindesten Argwohn zu erregen. Als Rußland gesehen habe, daß die Bagdadbahn ohne seine Zustimmung gebaut werden würde, sei es gezwungen gewesen, seine Oppositionspolitik gegen das deutsche Projekt aufzugeben und mit Deutschland in Besprechungen zur Wahrung seiner wichtigen Interessen in Persien einzutreten. In dieser Hinsicht habe Rußland genau wie Frankreich gehandelt, als das letztere sich mit Deutschland über die Marokkofrage verständigte.

Gleichzeitig warnte H. Ribot seine Zuhörer vor den Versuchen, die wahre Bedeutung der Begebenheiten zu verschleiern. Dieselbe „Kunst der Inszenierung“ wie gelegentlich der Frage von Bosnien und der Herzegowina sei von Deutschland auch während der kürzlich abgehaltenen russisch-deutschen Besprechungen angewandt worden.

H. Ribot beendete seine Rede mit der Warnung, sich vom „Pazifismus“ hinreißen zu lassen, wie er in dem kürzlich von der Kammer angenommenen Wunsch einer Beschränkung der maritimen Rüstungen zum Ausdruck kam. „Werfen wir alles dieses beiseite und haben wir Vertrauen zu unserer Armee, unserer Kraft und unseren Allianzen!“ schloß der Redner.

H. Ribot vervollständigte am folgenden Tage seine Rede durch einige Worte, die sich hauptsächlich auf die Marokkofrage bezogen. Er erklärte sich völlig mit den Ausführungen H. Cruppis über die Notwendigkeit einer Zusammenkunft mit dem Sultan einverstanden. Frankreich dürfe in Marokko nicht versuchen, die Herrschaft des Sultans zu ersetzen, es solle ihm im Gegenteil helfen, in Marokko jenes Mindestmaß von Autorität und Ordnung zu befestigen, ohne das die Zivilisationsarbeit im Lande unmöglich sei. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, dem Maghzen pekuniäre Hilfsquellen und Instrukteure

zur Bildung einer Eingeborenenarmee zur Verfügung zu stellen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sympathisiert H. Ribot nicht mit dem Projekt der Regierung, eine militärische Expedition zum Schutze der Europäer nach Fez zu entsenden. Nach dem Sinne der Algeciras-akte sei Frankreich zur Aufrechterhaltung der Ordnung allein im Küstengebiet verpflichtet, und es würde eine sehr schwere Verantwortung auf sich laden, wenn es seine polizeiliche Tätigkeit auf das ganze Land ausdehnen würde. H. Ribot ist der Ansicht, daß dies einer Eroberung Marokkos gleichkäme.

H. Ribot streifte auch flüchtig die französische Politik im Orient. Er vermißte hier die nötige Klarheit und sprach sein Bedauern darüber aus, daß Frankreich seine Interessen im Orient seinen Aspirationen im westlichen Mittelmeer opfere.

Die von H. Cruppi in der Sitzung am 7. April gehaltene Rede, die ebenfalls im Ausschnitt beigelegt ist, war viel weniger ausdrucks- voll. Da er die Außenpolitik erst seit kurzem kennt, mußte er sich auf kurze und vorsichtige Erklärungen beschränken.

Vor allem gab er der Versammlung die Versicherung, daß die Außenpolitik Frankreichs trotz des Wechsels des Ministers des Äuße- ren die bisherige Richtung unveränderlich weiter verfolgen werde, und daß er die Absicht habe, eine Politik der „Voraussicht und Ent- schlossenheit“ zu verwirklichen. Wenn auch die derzeitige internatio- nale Politik keinen Anlaß zur Beunruhigung gibt, so verhehlte der Minister doch nicht, daß sie trotzdem einige Schwierigkeiten bietet, und daß infolgedessen eine Politik der Wachsamkeit für Frankreich notwendig ist. Diese Erklärung machte einen ausgezeichneten Ein- druck, da sie bewies, daß H. Cruppi nicht an dem übertriebenen Opti- mismus leidet, dessen man hier seinen Vorgänger immer zu beschul- digen geneigt war.

Die Erklärung des Ministers, „daß das französisch-russische Bünd- nis unerschütterlich sei und die Basis für die französische Politik bleibe, ebenso wie auch für die russische“, rief gleichfalls eine leb- hafte Befriedigung hervor. Er sprach hierbei die Überzeugung aus, daß sich das Bündnis in Form einer aufrichtigen und täglichen Zu- sammenarbeit verwirklichen müsse, und versprach, sich mit allen seinen Kräften dafür einzusetzen, daß das Bündnis täglich seine Le- bensfähigkeit offenbart.

H. Cruppi ging dann zu den Beziehungen Frankreichs zu Eng- land über und erklärte, daß die entente cordiale nicht zu erschüt- tern sei.

Indem er von den herzlichen Beziehungen zu Spanien und von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit ihm sprach, machte der Minister auf die guten Beziehungen Frankreichs zu den übrigen Staaten aufmerksam. Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland, erklärte der Minister, müßten auf einer guten Nachbar-

schaft begründet sein. Falls sich in einzelnen Fällen die französischen und deutschen Interessen als einander entgegengesetzt erweisen sollten, so sei die feste und gerechte Verteidigung der legitimen Interessen das beste Mittel zur Vermeidung gefährlicher Mißverständnisse. Dann sprach der Minister der wiedererstehenden Türkei seine Sympathien aus und fügte, nachdem er den Nutzen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Länder betont hatte, hinzu, daß Frankreich die Veranlagung seiner Ersparnisse im nahen Orient ohne die geringste Unzufriedenheit betrachte, unter der Bedingung, daß diese Veranlagung den französischen Interessen und der Stellung Frankreichs in Europa entspreche.

Der Minister ging im einzelnen nur noch auf die Marokkofrage ein, in der er schon Entscheidungen hatte treffen müssen. Er erklärte, es seien bereits Maßnahmen ergriffen worden, um dem Maghzen die Möglichkeit zu garantieren, Eingeborenentruppen zur Bekämpfung der Aufständischen zu unterhalten, und die französischen Instrukteure seien ermächtigt, den Befehl über diese Truppen zu übernehmen. Falls die Umstände es erfordern sollten, werde die Regierung Maßnahmen zur Verteidigung der Europäerkolonie in Fez ergreifen. Frankreich würde sich zu diesem Schritt nur aus philanthropischen Erwägungen entschließen sowie infolge des besonderen Interesses, das es daran hat, in einem an Algerien grenzenden Lande die Anarchie zu verhindern.

Die Debatten endeten mit der Billigung der Außenpolitik der Regierung durch eine Mehrheit von 250 gegen 26 Stimmen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

2. Kapitel
Rüstungsfragen

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 20. Januar/2. Februar 1911

Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die so viel Lärm hervorgerufen hat und noch andauernd die hiesige Presse beunruhigt, da ich mich zuerst in den zahlreichen hierüber zirkulierenden Gerüchten zurechtfinden und genau über die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage unterrichten wollte. Nachdem ich die Erklärungen H. Pichons im Verlauf der Sitzung vom 16. Januar in Beantwortung der von dem bekannten Chauvinisten Delafosse gestellten Frage mit Aufmerksamkeit durchgelesen habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß der französische Außenminister überrascht worden war, und daß ihm selbst seine Erklärungen etwas zu weit zu gehen schienen. Am Tage nach der erwähnten Sitzung schwächte H. Pichon in einer Unterredung mit dem Korrespondenten einer holländischen Zeitung den Sinn seiner Worte merklich ab. Ferner hielt er es für nötig, den französischen Vertretern bei den Kabinetten jener Länder, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet haben, ein Telegramm zu schicken, in dem er die genaue Bedeutung seiner Rede erklärt. Dies Telegramm ist Ihnen natürlich von H. Georges Louis mitgeteilt worden. Ich habe es im Wortlaut nicht gesehen, doch hat mir H. Pichon seinen Inhalt wörtlich mitgeteilt. In ihm wird jeder Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens zurückgewiesen, und es wird betont, daß H. Pichon in der Deputiertenkammer nicht von der Möglichkeit von Verhandlungen, sondern nur von „freundschaftlichen Unterredungen“ hinsichtlich dieser Angelegenheit zwischen den Garantiemächten der Neutralität Belgiens gesprochen hat.

Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit H. Pichon anlässlich der vorliegenden Frage gehabt habe, gewann ich den Eindruck, daß er ihr durchaus ruhig gegenübersteht und keineswegs allzu große Bedeutung beizulegen wünscht. Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, die juristische Seite dieser Frage eingehend zu studieren,

deren Prüfung er Spezialisten des Völkerrechts übertragen hat; aber persönlich scheint es ihm, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen, was durch die Tatsache bestätigt wird, daß dort schon Befestigungen vorhanden sind, und daß es sich augenblicklich nur um ihren Umbau und ihre Erweiterung handelt. Andererseits zweifeln, wie es scheint, weder H. Pichon noch überhaupt die französische Regierung daran, daß die Idee des Baues der genannten Befestigungen Holland von Deutschland eingegeben wurde, und daß die holländische Regierung, wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch auf jeden Fall unter dem Druck der Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn trotz dieser Überzeugung H. Pichon und seine Kollegen ihre Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren, so kommt dies, wie mir scheint, daher, daß man hier schon längst zu dem Schluß gelangt ist, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb trägt man hier den Befestigungen von Vlissingen nur als einer sekundären Einzelheit des allgemeinen Planes der deutschen Angriffsoperationen gegen Frankreich Rechnung. Nichtsdestoweniger ist nach Nachrichten, die bis zu mir gedrungen sind, die Pressekampagne, für die das Signal von gewissen belgischen Zeitungen gegeben wurde, dank französischer Subsidien und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärrattachés in Belgien ins Leben gerufen worden in der Hoffnung, auf diesem indirekten Wege die Verwirklichung des Planes der holländischen Regierung zu vereiteln. Soviel ich bemerken kann, rechnet man hier immer noch auf den Erfolg dieser Kampagne und hofft, daß Holland, wenn es auch nicht völlig auf den genannten Plan verzichtet, ihn doch wenigstens aufschieben oder modifizieren wird.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 7

Paris, den 20. Januar/2. Februar 1911

Die Marineminister, Gelegenheitspolitiker im Stile der Herren Thomson und Pelletan, die einander im Laufe der letzten zehn Jahre in Frankreich folgten, brachten leider eine große Verwirrung in das ihnen unvorsichtigerweise anvertraute Amt. Sie kümmerten sich wenig um die Ausbildung der Schlachtflotte und um eine genügende Ausrüstung der Küstenverteidigung; sie waren über diese Fragen nicht genügend informiert; sie mißbrauchten ihre Stellung zu Partei-

zwecken, indem sie sich zum Beispiel bei Bestimmung der Heimathäfen für die Geschwader nicht von marinetechnischen Anforderungen leiten ließen, sondern von den Vorteilen für die vom Standpunkt des Wahlkampfes wichtigsten Küstenstädte; oder sie begünstigten, um ihre Popularität zu erhalten, die Werftarbeiter, selbst zum Schaden des Flottenbaues. Der Verfall der französischen Seemacht konnte schließlich nicht umhin, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft und der Presse zu erregen, dank deren Einfluß, unter dem Vorsitz des H. Dellcassé, eine parlamentarische Untersuchungskommission organisiert wurde. Wie Euer Exzellenz sich gütigst erinnern werden, führte die Verhandlung in der Kammer über den Bericht dieser Kommission zum Sturz des Kabinetts Clémenceau. Als die Macht in die Hände des H. Briand überging, begann die Regierung damit, die von den vorhergehenden Ministerien begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Vor allem setzte man wieder einen Fachmann, einen Admiral, an die Spitze des Marineministeriums, der die Reorganisation in Angriff nahm. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten ist in zwei Jahren schon etwas im Sinne der Regelung des Dienstes erreicht worden, aber die Zahl der Schiffe bleibt bis jetzt noch recht gering; so verfügt Frankreich in diesem Jahr über nicht mehr als 18 Linienschiffe, von denen über die Hälfte einem ganz veralteten Typ angehören, und über 20 Panzerkreuzer, die auch zum großen Teil recht veraltet sind. Einzig die Unterseeflotte der Republik kann noch mit den entsprechenden Flotten der anderen Seemächte verglichen werden.

Um die obenerwähnte wesentliche Lücke auszufüllen, arbeitete der Admiral Boué de Lapeyrère ein Flottenbau-Programm aus, das augenblicklich schon dem Parlament zur Beratung vorliegt. Dies Programm ist für den Zeitraum von 10 Jahren (1910—1920) berechnet und sieht den Bau von 16 Linienschiffen und 6 Kreuzern, 20 Torpedoboot-Zerstörern und 50 Unterseebooten vor. Die voraussichtlichen Ausgaben, die mehr als 4300 000 000 Franken betragen, werden nach dem Entwurf folgendermaßen auf die einzelnen Jahre verteilt:

1910	...	371 426 000	Franken
1911	...	410 742 000	"
1912	...	428 741 000	"
1913	...	438 845 000	"
1914	...	453 035 000	"
1915	...	449 009 000	"
1916	...	459 977 000	"
1917	...	453 239 000	"
1918	...	449 475 000	"
1919	...	418 692 000	"

Es ist aber sehr leicht möglich, daß diese Ziffern noch erhöht werden. Von den Schiffen, die gebaut werden sollen, sind schon

zwei Linienschiffe von 23000 Tonnen in Arbeit und sollen in drei Jahren vollständig fertig sein.

Die Ausführung des Programms wird teils den staatlichen Werften, teils Privatwerften anvertraut.

Die erwähnten Pläne des gegenwärtigen Marineministers finden gewisse Gegner; diese stützen sich hauptsächlich auf die Unmöglichkeit, ohne Rücksicht auf die Kosten eine Flotte zu schaffen, die imstande wäre, sich mit den Flotten der anderen Mächte zu messen, die Frankreich in dieser Beziehung überholt haben. Diese selben Leute weisen außerdem darauf hin, daß im Kampf mit dem wahrscheinlichsten Gegner, Deutschland, Frankreich viel nötiger eine starke Landarmee brauchen werde als eine Flotte, die im Fall einer Besetzung französischen Geländes durch die deutschen Truppen vollständig unnütz sein würde.

Im Gegensatz hierzu halten die Anhänger des oben entwickelten Programms die Flotte, selbst im Falle eines Krieges gegen Deutschland, für unentbehrlich für Frankreich, um die Landung des Feindes im Rücken der die Ostgrenze verteidigenden Armeen zu verhindern; sie ist ferner notwendig zur Verteidigung der sehr ausgedehnten französischen Küsten sowie zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Mutterland und den Kolonien, zu denen vor allem Algerien und Tunis gerechnet werden müssen; dies um so mehr, als sich die feindlichen Aktionen der österreichischen und italienischen Flotte sehr leicht gegen letztere richten können. Im allgemeinen bestehen Gründe, anzunehmen, daß im Falle eines Konfliktes zwischen den Mächten des Dreibundes und England und Frankreich die englischen Seestreitkräfte hauptsächlich gegen die deutsche Flotte in der Nordsee zu kämpfen haben werden, während es wahrscheinlich den Franzosen obliegen wird, sich im Mittelmeer mit den beiden Verbündeten Deutschlands zu messen. Nicht umsonst gibt die intensive Entwicklung der Seemacht eines derselben — Österreich-Ungarns — vielen Leuten zu denken.

Das Bewußtsein der Notwendigkeit, ihre Flotte selbst um den Preis großer Opfer zu rekonstruieren, scheint sich mehr und mehr in den Köpfen der Franzosen zu festigen, so daß man voraussehen kann, daß der Erfolg des vom Marineamt eingebrachten Flottenprogramms im Parlament gesichert ist. Wie man sagt, beabsichtigt die Regierung ihrerseits, auf der vollständigen Annahme zu bestehen, da sie der Ansicht ist, daß die aufgestellten Forderungen das notwendige Minimum darstellen, und sie scheint dazu bereit zu sein, bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage zu stellen.

Der nicht unwesentliche Umstand, daß der Berichterstatter der Budgetkommission für das Marineamt ein ebenso bedeutender wie überzeugter Anhänger der Verstärkung der französischen Marine ist, wie H. Delcassé — dessen Einfluß in letzter Zeit erheblich wächst —,

wird auch unstreitig zu einer günstigen Lösung der Angelegenheit im Sinne einer Bewilligung der geforderten Kredite durch die Vertreter der Nation beitragen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 3./16. Februar 1911

Eingetroffen am 6. Februar 1911

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Die ausländische, vor allem die deutsche Presse hat besonders einen Passus der letztthin im Senat vom französischen Minister des Auswärtigen gehaltenen Rede hervorgehoben. Auf die Beschuldigung, daß seit H. Clemenceaus Rücktritt alle Beziehungen in militärischen Fragen zwischen den Kabinetten von Paris und London unterbrochen seien, fragte H. Pichon seine Gegner, woher sie die Nachricht hätten, daß diese Beziehungen nicht mehr bestünden. Die deutschen Blätter beeilten sich, hieraus den Schluß zu ziehen, daß zwischen Frankreich und England eine gegen Deutschland gerichtete Militärkonvention bestehe, was den genannten Zeitungen Veranlassung zu zahlreichen feindlichen Artikeln gegen Frankreich gab.

Ich benutzte meine letzte Zusammenkunft mit H. Pichon, um ihn zu fragen, welches der wirkliche Sinn seiner Worte gewesen sei und ob man aus ihnen schließen müsse, daß tatsächlich ein Meinungsaustausch über diese oder jene militärischen Fragen zwischen der französischen und der englischen Regierung stattgefunden habe oder stattfinde. H. Pichon antwortete mir, daß es ihm notwendig erschienen sei, den ständigen Verdächtigungen seiner Gegner ein Ende zu machen, als ob unter dem gegenwärtigen Kabinett die englisch-französische Entente nicht so lebendig sei wie zur Zeit seines Vorgängers, des H. Briand. Wie Sie wissen, setzte sich H. Clemenceau mit großer Energie für den Gedanken ein, England müsse eine mächtige Landarmee schaffen, und diese Ausführungen waren der englischen Regierung nicht immer angenehm. Als er, Pichon, nach London zur Beerdigung des Königs Eduard reiste, veröffentlichte der „Temps“ einen Artikel in diesem Sinne, der H. Pichon in London in eine sehr heikle Lage brachte. Aber, wenn er es auch nicht für nütz-

lich halte, H. Clémenceau in dieser Hinsicht nachzueifern, so bedeute dies keineswegs, daß er die militärischen Fragen in den französisch-englischen Beziehungen vernachlässige. In Wirklichkeit, sagte er mir, besteht kein Militärabkommen zwischen Frankreich und England. Immerhin hätten die höheren französischen und englischen Militärbehörden ihre Ansichten über die verschiedenen militärischen Möglichkeiten ausgetauscht und führen hierin fort. Es sei ganz natürlich, daß dieser Austausch hauptsächlich zwischen den Marinestäben und Flottenchefs der beiden Mächte stattfinde, die die Rolle der englischen und französischen Flotte für den Fall eines Krieges gegen den Dreibund im voraus festgelegt hätten. Man wisse in Deutschland sehr gut, daß in einem solchen Falle die englische Flotte sich gegen die deutschen Seestreitkräfte wenden würde, während die französische Flotte im Mittelmeer operieren würde, was auch die Verstärkung der Flotte Österreichs erklärt habe.

Auf meine Frage, ob der Chef unseres Generalstabes während seiner letzten Unterredung mit dem Chef des französischen Generalstabes hiervon unterrichtet worden sei, antwortete H. Pichon, er wisse es nicht, aber er halte es in Übereinstimmung mit mir für sehr nützlich, daß wir über den Meinungsaustausch, der von Zeit zu Zeit zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Marineangelegenheiten stattfinde, unterrichtet würden. Ich weiß natürlich nicht genau, ob General Gerngross irgendwelche Mitteilungen über die von mir berührte Angelegenheit erhalten hat, aber ich halte es für wahrscheinlich, daß, da die Unterredungen zwischen den Chefs der Generalstäbe der Landarmeen stattgefunden haben, die Fragen der Kriegsmarine nicht berührt worden sind. Wenn dieses zutrifft, so ist das zweifellos eine Lücke in unseren Informationen über die französischen Pläne für den Fall eines europäischen Krieges, und es wäre überaus wünschenswert, sie mit der nötigen Vorsicht auf die eine oder andere Weise zu vervollständigen. Unser Marineattaché in Paris, der über die hiesigen Marineangelegenheiten sehr gut unterrichtet ist, bestätigte durchaus die Schlußfolgerungen, die ich aus der Unterredung mit H. Pichon gezogen habe. Kapitän 2. Ranges Poguljaew sagte mir hierbei, daß er in einem ausführlichen dienstlichen Bericht, worin er eine Übersicht über seine nunmehr zu Ende gehende Tätigkeit in Frankreich gibt, gleichfalls die Aufmerksamkeit unseres Marineministeriums darauf lenke, daß es wünschenswert sei, eine unmittelbare Verbindung zwischen dem russischen und dem französischen Marinestab herzustellen, die jetzt vollkommen fehlt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 16

Paris, den 17. Februar/2. März 1911

In meinem Bericht Nr. 7 vom 20. Januar/2. Februar dieses Jahres hatte ich die Ehre, Eurer Hohen Exzellenz das Flottenprogramm des französischen Marineministeriums auseinanderzusetzen. Ich erinnerte daran, daß die beiden darin vorgesehenen Panzerschiffe schon im Bau begriffen sind und daß zwei andere noch im Laufe dieses Jahres in Arbeit gegeben werden sollen.

Gelegentlich der gegenwärtigen Verhandlungen in der Deputiertenkammer über das Budget des Marineamtes kam also die Frage zur Besprechung, ob der Regierung die nötigen Vollmachten zur Bestellung der beiden neuen obengenannten Fahrzeuge zu erteilen seien.

Während der Debatten über diese Angelegenheit führt die Opposition, in Gestalt der Sozialisten, ihre hauptsächlichen Angriffe nach zwei Richtungen hin aus.

Vor allem widersetzten sich die Sozialisten überhaupt dem Bau der Schiffe und verlangten, daß die Regierung vor der Ausführung der vorgesehenen Vermehrung der Flotte mit den auswärtigen Mächten in Verhandlungen über eine Beschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser eintreten solle. H. Pichon mußte kategorisch darauf hinweisen, daß ein derartiger Beschuß unannehmbar sei, und ein Vertrauensvotum fordern, damit der besagte Antrag, wenigstens in der Form wie er von H. Sembat eingebracht worden war, zurückgewiesen wurde. Trotzdem hielt es der Minister des Äußeren für möglich, darauf einzugehen, daß die Kammer über den platonischen Wunsch abstimmte, die französischen Delegierten für die nächste Konferenz im Haag damit zu beauftragen, im Einverständnis mit den Vertretern der verbündeten und befreundeten Mächte die Frage der Einschränkungen der Rüstungen aufzuwerfen.

Ein anderer Gegenstand, auf den sich die Angriffe der Sozialisten konzentrierten, war der Beschuß, die genannte Bestellung nicht den staatlichen, sondern privaten Fabriken zu übergeben. Indem sie für die staatlichen Werftarbeiter eintraten, beschuldigten die Sozialisten die Regierung der Absicht, den Kapitalisten und Privatunternehmern diese beträchtlichen Gewinne zuzuschieben. Dem Marineminister gelang es aber nachzuweisen, daß augenblicklich die staatlichen Werften Frankreichs nicht imstande seien, sofort die Herstellung der vorgesehenen Schiffe in Angriff zu nehmen, und daß es mindestens neun Monate dauern würde, bis die augenblicklich in Anspruch genommenen Hellinge frei und weitere Vorarbeiten beendet sein würden.

In kurzer aber glänzender und eingehender Rede wies H. Delcassé in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Marinekommission

auf die Unzulässigkeit einer solchen Verzögerung hin, während fast alle anderen Mächte intensiv mit Schiffsbau beschäftigt sind.

Die Kammer nahm mit riesiger Mehrheit (461 gegen 76 Stimmen) den ersten Artikel des Gesetzentwurfes der Regierung an, durch den die Inangriffnahme des Schiffsbaues genehmigt wird; H. Delcassé wurde von zahlreichen Deputierten eine stürmische Ovation dargebracht, die wieder einmal die zunehmende Popularität des früheren Ministers des Äußeren, auf die ich bereits hingewiesen habe, zeigte.

Es ist eigenartig, festzustellen, daß H. Delcassé, der, als er vor anderthalb Jahren H. Clemenceau stürzte, den Zusammenbruch der französischen Marine in so düsteren Farben malte, sich jetzt selbst gegen die übertrieben pessimistische Beurteilung wendet, und daß er, unter Berufung auf die Verbesserungen, die dank der neuen Maßnahmen erreicht wurden, versichert, daß der Zustand der Seestreitkräfte Frankreichs keine übertriebenen Besorgnisse wegen der Sicherheit des Landes einzuflößen brauche.

Bereits einige Tage zuvor hatte sich H. Delcassé in einer Unterredung mit einem Redakteur des „*Matin*“, die die Aufmerksamkeit sowohl der französischen wie der ausländischen Presse stark auf sich gezogen hatte, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. In dieser Unterredung unterstrich der frühere Minister des Äußeren, getreu den Grundsätzen, die er zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht hatte, die Bedeutung der Bündnisse und Ententen für Frankreich, auf die sich zur Zeit die internationale Lage stützt. Die Flotte der Republik, sagte er, ist zur Verteidigung des Landes unter der Bedingung der Aufrechterhaltung dieser Bündnisse und Ententen voll ausreichend.

Nunmehr wiederholt H. Delcassé in seiner parlamentarischen Rede nochmals diese Erklärung, indem er sie noch weiter ausdehnte und auf die Notwendigkeit hinwies, „die gegenwärtigen Bündnisse und Verständigungen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch praktisch in Anwendung zu bringen“.

Genehmigen Sie usw.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17. Februar/2. März 1911

Wie ich Ihnen eben telegraphierte, ist augenblicklich, d. h. bei der Abfahrt des Kuriers, die Liste des Kabinetts noch nicht offiziell veröffentlicht; aber aus dem, was man über seine Zusammensetzung schon sicher weiß, kann geschlossen werden, daß sich der Präsident

der Republik aus bisher noch nicht bekannten Gründen unter den beiden, in meinem vorigen Brief erwähnten Alternativen: entweder sich an die gemäßigten Elemente, die sich H. Briand anschließen, zu wenden oder auf die extremen radikalen Anhänger des H. Combes zurückzugreifen, für die letztere entschieden hat. Man versichert, daß H. Monis zuerst versucht habe, sich der Unterstützung einiger Persönlichkeiten der gemäßigten Richtung zu vergewissern, daß er aber, nachdem er sich eine Zurückweisung von ihrer Seite geholt, sich entschieden der Linken zugewandt habe. Das neue Kabinett ist in seiner endgültigen Gestaltung ganz aus Persönlichkeiten zusammengesetzt, die sich in letzter Zeit von H. Briand getrennt haben; und es macht in gewisser Hinsicht den Eindruck eines zweiten Kabinetts Combes, nur mit einem anderen offiziellen Chef an der Spitze. Seine zwei charakteristischen Züge sind: eine extrem antiklerikale Gesinnung und eine Neigung, die sozialistischen Forderungen, wie sie bei dem letzten Eisenbahnerstreik zutage traten, zu befriedigen.

Die Ernennung des H. Berteaux zum Kriegsminister, der diesen Posten schon im Kabinett des H. Rouvier von 1904 bis 1905 innegehabt hatte, macht großen Eindruck. Er machte sich damals bemerkbar durch eine systematische Verfolgung der Offiziere, die religiöser Neigungen verdächtig waren, und in letzter Zeit trat er als wirksamer Verteidiger für die streikenden Eisenbahnarbeiter auf.

Die Ernennung des H. Delcassé zum Marineminister verdient ebenfalls besondere Beachtung: Er spielte in letzter Zeit im Parlament hinter den Kulissen eine sehr wichtige Rolle, und erst vor einigen Tagen setzte er sich in glänzender Rede für das neue Flottenbauprogramm ein. Seine Ernennung ruft, wie zu erwarten war, eine lebhafte Befriedigung in England und eine unverhohlene Unzufriedenheit in Deutschland hervor, wo sich die Presse in den der Kabinettsbildung vorausgehenden Tagen in einer äußerst taktlosen Art gegen ihn wandte.

Am schwierigsten war es für H. Monis, einen Minister des Äußeren zu finden. Er wandte sich nacheinander an die Herren Ribot, Poincaré und de Selves (Präfekt des Seine-Departements), erfuhr aber von diesen drei Persönlichkeiten, die offenbar nicht mit der extremen Richtung des neuen Kabinetts sympathisieren, eine Ablehnung. Augenblicklich ist die Ernennung von H. Cruppi, dem früheren Handelsminister im Kabinett Clemenceau, die wahrscheinlichste. Er ist, wenn man von seiner Teilnahme an der Erhöhung der französischen Zolltarife absieht, im Bereich der internationalen Politik eine ganz neue Persönlichkeit. Auch ist es interessant, daß er soeben von der türkischen Regierung zum Anwalt im Schiedsgericht über die Forderungen der russischen Gläubiger an den türkischen Staatsschatz gewählt wurde.

Indem ich mir eine genauere und begründete Beurteilung der

gegenwärtigen Ministerkrise für ein anderes Mal aufspare, kann ich mich nicht enthalten auszusprechen, daß der erste Eindruck, den das neue Kabinett macht, ein sehr ungünstiger, ja sogar ein beunruhigender ist. Nach H. Briand, der eine große staatsmännische Befähigung, Mäßigung und Gerechtigkeit in den hier so zugesetzten konfessionellen Fragen, sowie eine außerordentliche Energie und Festigkeit in der Unterdrückung der Eisenbahnarbeiterbewegung bewiesen hat, kann man sich nun nicht mehr auf die Rückkehr zu den Methoden des H. Combes, sondern sogar vielleicht auf neue Schritte im Sinne von Konzessionen an die revolutionären Forderungen der Sozialisten gefaßt machen. Es ist klar, daß dies unbedingt Befürchtungen bei den besitzenden Klassen der Bevölkerung erwecken muß. Es werden Stimmen laut, die die Entschlüsse des H. Fallières durch den Wunsch erklären, durch ein Experiment die Resultate des extremen Radikalismus zu zeigen, um dann wieder zur Vermeidung des sozialen Chaos auf H. Briand zurückzukommen. Wie dem auch sei, die gegenwärtige neue Phase, in die nunmehr die innere Politik Frankreichs eintritt, muß alle aufrichtigen Freunde Frankreichs in ernstester Weise beunruhigen. Es ist noch zu früh, um sich genau darüber Rechenschaft ablegen zu können, in welcher Weise diese Wendung die äußere Politik unseres Verbündeten beeinflussen kann; ich werde nicht verfehlten, Ihnen mit dem nächsten Kurier ganz eingehend darüber zu schreiben.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 24 Paris, den 18. Februar/3. März 1911

Der neue französische Minister des Auswärtigen, Cruppi, ist heute gleich nach seiner Ernennung und vor jedem anderen Besuch bei mir gewesen; er versicherte mir in den allerkategorischsten Ausdrücken, daß die neue Regierung in den auswärtigen Fragen unbeugsam die Politik des vorigen Kabinetts fortsetzen und daß er selbst alle seine Bemühungen daransetzen werde, um die engsten Bundesbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu erhalten und zu fördern. In einem langen Gespräch suchte er die dem neuen Kabinett zugeschriebenen radikalen Tendenzen zu widerlegen und erklärte, daß er und seine Kollegen höher als alles übrige die Ordnung im Innern und die Macht Frankreichs nach außen hin stellten. Das neue

Kabinett wird in verständigen und gemäßigten Kreisen sehr stark kritisiert; aber persönlich hat Cruppi auf mich einen guten Eindruck gemacht.

Iswolski

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Geheimtelegramm Nr. 26 Paris, den 18. Februar/3. März 1911

Nach Cruppi besuchte mich der neue Marineminister Delcassé, das hervorragendste Mitglied des Kabinetts, dessen Rückkehr zur Macht so lebhaft von der europäischen Presse besprochen wird. Delcassé hat mir alles, was ich von Cruppi über die Unerschütterlichkeit der äußeren Politik Frankreichs und die dem neuen Kabinett zu Unrecht zugeschriebenen radikalen Tendenzen gehört habe, bestätigt. Außerdem hat er mir erklärt, daß sein Eintritt in das Ministerium eine Garantie für die besondere Sorgfalt bedeutet, die man auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Schaffung einer starken Flotte, und er hofft, nicht später als im August oder September über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Obwohl er durchaus nicht die Absicht hat, die Kompetenz seines Ressorts zu überschreiten und Mißtrauen bei Deutschland zu erwecken, versicherte er mich seiner Bereitschaft, mit allen Mitteln die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und bat mich, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland Seiner Majestät dem Kaiser zu Füßen zu legen. Delcassé verließ mich, um dem deutschen Botschafter einen Besuch abzustatten.

Iswolski

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Geheimtelegramm Nr. 27 Paris, den 21. Februar/6. März 1911

Das neue Kabinett hat sich heute der Deputiertenkammer zum erstenmal vorgestellt. Der Ministerpräsident verlas die Erklärung der Regierung, von der ein genauer Auszug durch die Telegraphenagentur übermittelt worden ist. Obgleich diese Erklärung mit der offensichtlichen Absicht zusammengestellt war, den Radikalismus des Regierungsprogramms zu mildern, wird sie wohl kaum den konser-

vativen Teil der Gesellschaft beruhigen. Im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten proklamierte H. Monis die Unerschütterlichkeit der französischen Außenpolitik, seine Treue zum Bündnis und den Ententen, sowie die besondere Sorgfalt, die die Regierung der Armee und der Flotte zwecks Erhaltung des Friedens angedeihen lassen werde. Gleich nach Verlesung der Erklärung begannen die Debatten über die allgemeine Politik des Kabinetts.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. März 1911

Durch meine verschiedenen Telegramme kennen Sie bereits im allgemeinen die Umstände, die die Bildung des Kabinetts Monis begleiteten, wie auch die besondere Eigenart der neuen Zusammensetzung der Regierung. Bis jetzt ist noch nicht recht klar ersichtlich, was eigentlich den Präsidenten der Republik dazu veranlaßt hat, die Macht nicht einem Mitgliede der gemäßigten republikanischen Gruppen, die sich H. Briand anschließen, anzuvertrauen, sondern einem Anhänger derjenigen extremen Partei, die trotz ihres großen Einflusses in der Kammer bei der letzten Abstimmung keine absolute Mehrheit für sich erreicht hat. Andererseits ist bekannt, daß H. Monis anfangs versucht hat, sich der Unterstützung einiger gemäßigter Persönlichkeiten, wie Ribot, Develle und anderer, zu versichern und daß er erst nach dem Scheitern dieser Bemühungen sich dazu entschloß, das Kabinett ausschließlich aus extremen Elementen zu bilden. All dieses zusammengekommen bildet der allgemeinen Meinung nach eine Quelle der unbestreitbaren Schwäche des Ministeriums, und man verspricht ihm kein langes Leben. Die Erklärung des H. Monis hat, obwohl sie nach alter Gewohnheit eine ziemlich beträchtliche Mehrheit gefunden hat, in Wahrheit niemand zufriedengestellt; die extremen Parteien sind unzufrieden mit ihrer Mäßigung und dem offensichtlichen Wunsch des Kabinetts, die erregten besitzenden Klassen zu beschwichtigen; die gemäßigten Kreise befürchten nach wie vor die sozial-revolutionären Experimente der neuen Minister und die Erneuerung eines scharfen Kampfes auf religiösem Gebiet. Die wahre Haltung der Kammer und des Landes dem Programm des H. Monis gegenüber wird alsbald an den Tag treten, wenn die Regierung der Lösung der von ihr in Aussicht genommenen Aufgaben nähertritt, hauptsächlich der Frage der Arbeitergesetzgebung, der Einkommensteuer und der Wahlreform. Die Frage der Wiedereinstellung der im Laufe des letzten Streiks durch die Eisenbahngesellschaften aus-

gesperrten Arbeiter kann eine besondere Zuspitzung erfahren. Außerdem wird das neue Kabinett von vornherein eine ganze Reihe sehr wichtiger Entscheidungen in der Marokkofrage zu treffen haben, die sich in der letzten Zeit erheblich verwickelt hat, wie ich es in einem besonderen Briefe eingehend berichte.

Was die internationalen Beziehungen anbetrifft, so habe ich Ihnen bereits in Kürze die Erklärungen mitgeteilt, die mir die Herren Cruppi und Delcassé gemacht haben. Seitdem hatte ich lange Unterhaltungen auch mit den Herren Monis und Caillaux. Sie alle haben mich in der kategorischsten Form der Unerschütterlichkeit der Außenpolitik Frankreichs und des absoluten Festhaltens des neuen Kabinetts am Bündnis mit Rußland versichert. Wenn dabei auch eine gewisse Kritik an der Politik des H. Pichon laut wurde, so geschah dies nur im Sinne der vor kurzem erschienenen Zeitungsartikel, in denen der Vorgänger des H. Cruppi beschuldigt wurde, die Triple-Entente für die gemeinsamen Ziele Frankreichs, Rußlands und Englands nicht energisch genug angewandt und ausgenutzt zu haben. Obgleich H. Delcassé zu betonen versuchte, daß er nicht die Absicht habe, die Grenzen des ihm anvertrauten Marineministeriums zu überschreiten, so wird er der allgemeinen Meinung nach doch unstreitig die Tätigkeit des H. Cruppi beeinflussen, da letzterer in den äußersten Angelegenheiten sehr wenig bewandert ist. In den Unterredungen, die er mit mir hatte, versuchte der obengenannte Minister hauptsächlich mich davon zu überzeugen, daß die neue Regierung nicht nur keine Schwächung der Militärmacht Frankreichs zulassen, sondern sich noch entschlossener für die Entwicklung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande einsetzen werde. H. Delcassé erklärte mir, daß, obwohl wieder „Zivilisten“ an der Spitze der beiden militärischen Ämter stünden, doch die ganze frühere Organisation der höheren militärischen Verwaltungen, wie sie General Brun und Admiral Boué eingeführt haben, beibehalten bleiben wird. Was im besonderen die französischen Marinestreitkräfte anbelangt, so gebe seine, Delcassés, Ernennung zum Marineminister die Gewähr, daß der Flotte eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden wird, und er hofft, nicht später als im August/September des laufenden Jahres über ein neues Panzergeschwader zu verfügen.

Ich befleißige mich, in meiner Antwort auf die Erklärungen der neuen französischen Minister zu betonen, daß wir keineswegs die Absicht hätten, über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Zusammensetzung der Ministerien oder die Erspräßlichkeit dieses oder jenes Programms der inneren Politik zu urteilen, sondern nur eines wünschten: das verbündete Frankreich auf der höchsten Stufe seines Gedeihens zu sehen. Auf internationalem Gebiet zweifelten wir nicht einen Augenblick an der Kontinuität der französischen Außenpolitik und an der Bündnistreue uns gegenüber. Im allgemeinen scheint es

mir wenig wahrscheinlich, daß das neue Kabinett auf dem Gebiet der sozialen Fragen sehr weit auf dem Wege der radikalen Experimente forschreitet, und ich nehme an, daß es vor allem versuchen wird, die extremen Parteien durch eine energische antiklerikale Politik zu befriedigen, das heißt gerade in dem Bereich, der uns am wenigsten interessiert.

Bis jetzt habe ich während meiner Unterredungen mit dem neuen Minister des Äußeren noch keine Gelegenheit gehabt, die verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen anzuschneiden. H. Cruppi hat mich gebeten, ihm Zeit zu lassen, die Angelegenheiten in ihren Einzelheiten kennenzulernen. Daraufhin will er mir eine besondere Zusammenkunft zur Prüfung alles dessen, was in diesem Augenblick die Aufmerksamkeit der russischen und französischen Regierungen erregt, bestimmen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

3. Kapitel

Die zweite Marokkokrise

GERMARCH 1970 912

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 3./16. März 1911

Wie Sie bereits durch meinen vorigen Brief wissen, mußte das neue Kabinett gleich zu Anfang seines Bestehens einige sehr wichtige Entscheidungen in der Marokkofrage treffen. Im Laufe der letzten Zeit hat sich die Lage sowohl in dem von Frankreich besetzten Bereich der Chaouia als auch in Fez selbst außerordentlich kompliziert. Einerseits ist es den französischen Truppen bis jetzt noch nicht gelungen, die Urheber des Angriffes, dem vor einigen Wochen der Oberst Marchand zum Opfer fiel, zu bestrafen. Andererseits trafen hier immer beunruhigendere Nachrichten über die Lage der militärischen Streitkräfte des Sultans Mulei-Hafid ein, die von den aufständischen Stämmen bedrängt werden. In diesen Tagen verbreitete sich sogar das soeben dementierte Gerücht, daß der Chef der französischen Militärmision in Fez, Oberst Mangin, der Befehlshaber der Mehalla des Sultans, in einem Gefecht gefallen sei. Abgesehen von den Schwierigkeiten, sich in einer so komplizierten Frage zurechtzufinden, war der neue Minister des Auswärtigen dem Druck von seiten verschiedener Parteien der Kammer ausgesetzt, von denen die einen, mit H. Jaurès an der Spitze, die schleunigste Aufhebung der Besetzung der Chaouia forderten, während die anderen auf der raschen Bestrafung der an der Ermordung des Obersten Marchand Schuldbaren sowie überhaupt auf einer energischen Politik innerhalb der Grenzen Marokkos bestanden. General Monier, Chef der Okkupationstruppe, der sich gerade in Paris befindet, erbat erhebliche Verstärkungen und schlug vor, eine Strafexpedition zu organisieren. Es scheint, daß man selbst im Schoße des Kabinetts bezüglich der marokkanischen Angelegenheiten nicht völlig einig war, und die verschiedensten Nachrichten über die Absichten der Regierung drangen ins Publikum. Schließlich wurden von H. Jaurès und einigen anderen Deputierten der Kammer Interpellationen über die besagten Angelegenheiten eingebracht.

Der Ministerrat, der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentrat, prüfte alle die oben aufgeführten Fragen und nahm die folgenden Entschließungen an, über die der Öffentlichkeit und den Zeitungen durch die Vermittlung der Agentur Havas ein Communiqué übergeben wurde:

Zwei Bataillone und zwei Abteilungen Gebirgsartillerie werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verteidigung der Häfen und zum Schutz des Handels im Bereich der Region der Chaouia nach Casablanca gesandt werden.

Andererseits hat sich die französische Regierung auf Grund des Versprechens Mulei-Hafids, die Urheber des Meuchelmordes an Oberst Marchand durch seine eigenen Truppen zu bestrafen, dahin entschieden, die genaue Ausführung dieser Verpflichtung zu überwachen.

Endlich hat der Ministerrat dem Projekt eines Finanzabkommens mit der Regierung des Scherifen zugestimmt, auf Grund dessen dem Maghzen genügende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine Militärmacht zu organisieren, die imstande ist, die Autorität des Sultans über die Stämme aufrechtzuerhalten, die Hafenpolizei zu unterhalten, die notwendigen öffentlichen Arbeiten auszuführen und die alten Schulden abzuzahlen.

Auf diese Weise hat sich die Regierung gewissermaßen zu einer mittleren Linie entschlossen: Die Okkupationstruppe wird vermehrt, aber die Strafexpedition findet nicht statt. Die Bestrafung des schuldigen Stammes ist dem Sultan anvertraut, aber gewissermaßen unter französischer Überwachung. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob H. Cruppi auf diesem Wege das Ziel, das er sich gesteckt hat, erreichen wird. Gestern, gleich Veröffentlichung des Regierungskommuniqués über die Ministerratssitzung, wurde in der Kammer ein Versuch gemacht, H. Cruppi dazu zu bewegen, unverzüglich Erklärungen über die Marokkofrage abzugeben. Dies wies der Minister zurück und wurde darin durch eine beträchtliche Mehrheit unterstützt. Die Prüfung der eingebrachten Interpellationen ist auf den 24. März festgesetzt, und bei dieser Gelegenheit wird H. Cruppi das Programm seiner Marokkopolitik im einzelnen darlegen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 3./16. März 1911

H. Cruppi, den ich eben gesehen habe, hat sich immer noch nicht mit den laufenden Geschäften genügend bekannt gemacht, um mit

mir in einen Meinungsaustausch über verschiedene uns interessierende Fragen treten zu können. Im besonderen hat er noch nicht die Zeit gehabt, sich über die Bagdadbahn und überhaupt die Eisenbahn-bauten in der Türkei eine bestimmte Ansicht zu bilden. H. Bompard, der soeben aus Konstantinopel hier eingetroffen ist, soll ihm in diesen Tagen einen ausführlichen Bericht über diese Fragen vorlegen. Außerdem hat Cruppi die beiden Brüder Cambon, die französischen Botschafter in London und Berlin, herbeigerufen. Erst nach einer Unterredung mit ihnen wird sich der neue Minister des Äußeren in den obenerwähnten Fragen für genügend vorbereitet halten. Meinerseits habe ich mich für verpflichtet gehalten, H. Cruppi an das Versprechen seines Vorgängers zu erinnern, mich stets über diese Angelegenheiten auf dem laufenden zu halten und nichts auf diesem Gebiete ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit uns zu unternehmen. H. Cruppi beeilte sich, mit der größten Bereitwilligkeit dieses Versprechens zu erneuern, und erklärte, er werde sogleich nach seiner Beratung mit den Herren P. und J. Cambon und Bompard eine Zusammenkunft für eine eingehende Besprechung mit mir festsetzen.

Obwohl H. Cruppi augenscheinlich nicht gewillt war, auf die von mir angeschnittenen Fragen sofort näher einzugehen, benutzte ich die Gelegenheit zu versuchen, die Eindrücke richtigzustellen, die er aus verschiedenen, hauptsächlich englischen Zeitungen gewonnen hatte. Die Zeitungen stellen die Sache unter folgendem Gesichtswinkel dar: Rußland habe in Potsdam England und Frankreich in der Bagdadfrage gegen entsprechende Zugeständnisse in Persien im Stiche gelassen. Es habe dadurch die Stellung des Londoner und Pariser Kabinetts in dieser Frage bedeutend geschwächt und erschwert. Ich erklärte H. Cruppi, daß unser geplantes Abkommen mit Deutschland hinsichtlich Persiens weder der Frage der Zweiglinie Bagdad—Khanekin noch den anderen mit der Bagdadbahn in Verbindung stehenden Fragen vorgegriffen habe, daß unser Versprechen, uns der Beteiligung fremden Kapitals am Bagdadunternehmen nicht zu widersetzen, nicht nur die Stellung Englands und Frankreichs nicht schwächte, sondern im Gegenteil nur den Vorwand zu ständigen Klagen der englischen und französischen Finanzkreise über uns aus der Welt räume. Zusammenfassend sprach ich nochmals die lebhafte Hoffnung aus, daß das Pariser Kabinett in der vorliegenden Frage keinen Beschluß fassen werde, ohne uns verständigt zu haben.

Eingehendere Erklärungen machte mir H. Cruppi zur marokkanischen Frage, der er anfangs seine ganze Aufmerksamkeit widmen mußte. Sie kennen durch meinen letzten Brief schon die Entscheidungen, die er getroffen hat. H. Cruppi sagte mir, es sei hierbei seine Hauptsorge gewesen, einerseits die festen Schranken der Algeciras-akte nicht zu überschreiten und andererseits positive Ergebnisse zu erzielen, ohne auf eine teure militärische Expedition zurückzugreifen.

Er gründet seine Hoffnungen hauptsächlich auf den Plan finanzieller Hilfe, die dem Sultan gewährt werden soll, wobei Frankreich vorläufig auf die jährliche Schuldentilgung, zu der die Regierung des Scherifen gegenwärtig ihm gegenüber verpflichtet ist, wird verzichten müssen. Auf meine Frage, ob er nicht von seiten Deutschlands irgendwelche Schwierigkeiten voraussehe, antwortete H. Cruppi, es scheine ihm, daß man in dieser Hinsicht ruhig sein könne, da seine Entscheidungen sich streng an die Algecirasakte und an das französisch-deutsche Abkommen von 1909 hielten. Außerdem dementierte er kategorisch das von den Zeitungen lancierte Gerücht, daß die deutsche Regierung vermittels eines Druckes in der Marokkofrage von dem Pariser Kabinett bestimmte Versprechungen in der Frage der Bagdadbahn zu erlangen versucht.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Der stellvertretende russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Telegramm Nr. 287

St. Petersburg, den 6./19. März 1911

Der spanische Botschafter hat mir in kurzer Zusammenfassung die Ursachen der Unzufriedenheit seiner Regierung mit der Art, wie Frankreich in dem neuen Abkommen mit El-Mokri vorgegangen ist, dargelegt. Dieses Abkommen verletze die Beschlüsse von Algeciras, an denen wir auch beteiligt seien, und die französisch-spanischen Sonderverträge.

Graf Vignaz teilte uns mit, daß der spanische Botschafter in Paris angewiesen sei, sich hierüber mit der französischen Regierung auszutauschen, und bat uns, in den Grenzen, die unsere Beziehungen zu Frankreich als Bundesgenossen zuließen, versöhnend auf den Gang der Unterhandlungen einzuwirken.

Ich nehme an, daß eine Intervention von Ihnen darauf hinweisen müßte, es sei nicht wünschenswert, die Lage in Marokko durch französisch-spanische Mißverständnisse zu komplizieren, daß sie aber weder den Charakter einer offenen Unterstützung Spaniens und noch weniger den einer Forderung oder eines Druckes den Franzosen gegenüber haben dürfte.

Der spanische Botschafter in Paris ist angewiesen worden, diese Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen.

Wollen Sie mir darüber berichten, was Sie bezüglich dieser Angelegenheit zu tun für möglich halten.

Neratow

Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister

Brief

Paris, den 15./28. März 1911

Ich habe Ihr vertrauliches Telegramm vom 6. März erhalten, das mich beauftragt, in vorsichtiger Form dem hiesigen spanischen Botschafter in der Frage der Unstimmigkeiten zwischen Spanien und Frankreich, die über die Marokkofrage entstanden sind, den möglich erscheinenden Beistand zu gewähren. Nach Empfang dieses Telegramms erhielt ich den Besuch des H. Perez Caballero, der sich, nachdem er mir bis ins einzelne die Lage der genannten Frage auseinandergesetzt hatte, mit einer Bitte im erwähnten Sinn an mich wandte.

Die Ausführung der mir anvertrauten Aufgabe wurde mir dadurch erleichtert, daß der französische Außenminister mich selbst bereits vor einiger Zeit und aus eigenem Antriebe in die vorliegende Angelegenheit eingeweiht hatte. Ich konnte infolgedessen in meinem Gespräch mit H. Cruppi ganz ungezwungen und ohne meinen Worten den Anschein einer offenkundigen Einmischung zu geben, auf diese Frage zurückkommen.

Obwohl die Zwistigkeiten zwischen Spanien und Frankreich für uns kein direktes Interesse haben, halte ich es für meine Pflicht, Sie ganz kurz über die Hauptpunkte dieser Diskussionen zu orientieren, die im einzelnen in der Denkschrift ausgeführt sind, die der spanische Botschafter H. Cruppi in der vergangenen Woche übermittelt hat.

Das Madrider Kabinett beruft sich teils auf die Bestimmungen der Algecirasakte, aber noch mehr auf das halb öffentliche, halb geheime französisch-spanische Abkommen aus dem Jahre 1904 und protestiert gegen die Bestrebungen Frankreichs, unter Ausnutzung der soeben unterzeichneten französisch-marokkanischen Konvention Spanien nicht nur von den allgemeinen Marokkofragen auszuschließen, sondern ihm teilweise sogar innerhalb der besonderen spanischen Einflußzone Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Bestrebungen haben sich hauptsächlich bei der Finanzkontrolle, der militärischen Organisation und dem Bau der Eisenbahn von Tanger nach Fez, deren erster Abschnitt bis El-Kasar durch die genannte spanische Zone führt, getanzt gemacht. Nach den Worten des spanischen Botschafters geht hieraus deutlich hervor, daß Frankreich danach strebt, die endgültige Besitzergreifung des Scherifenreiches entgegen dem Geiste sowohl der Algecirasakte wie der besonderen französisch-spanischen Verträge vorzubereiten.

Französischerseits wird entgegnet, daß die von Frankreich getroffenen Maßnahmen nur darauf ausgehen, in Marokko derartige Bedingungen für Sicherheit und finanzielle Ordnung zu schaffen, wie sie für alle europäischen Nationen vorteilhaft wären, und daß sie deshalb

den Bestimmungen der Algecirasakte vollauf entsprächen. Die französische Regierung neigt dazu, die Spanier, nach einem persönlichen Ausdruck von H. Cruppi, als zudringliche arme Verwandte zu betrachten, und man erhebt hier Spanien gegenüber sogar eine Art von Gegenklage, indem man es beschuldigt, in seiner Zone eine unnötig große Truppenmenge zu halten (man sagt bis 40 000) und dadurch das Prinzip der offenen Tür zugunsten der eigenen Staatsangehörigen zu verletzen.

Es ist sehr schwer zu ermitteln, wer in diesen Zwistigkeiten recht und wer unrecht hat. Wie dem auch sei, ich habe in meinem Gespräch mit H. Cruppi sorgfältig vermieden, irgendein Urteil über die Sache selbst auszusprechen und mich darauf beschränkt, ihm zu zeigen, wie wichtig es für die allgemeinpolitischen Interessen sowohl Frankreichs wie Rußlands sei, Spanien eine gerechte Genugtuung zu gewähren. Im entgegengesetzten Fall könnte sich das letztere in die Arme Deutschlands und des Dreibundes werfen. Seit der Zeit der Konferenz von Algeciras benimmt sich Deutschland sehr kühl und sogar unfreundlich gegen Spanien, das seinerseits mehr zu Triple-Entente neigt. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die spanische Regierung infolge der jetzt schwebenden Angelegenheit anfinge, bei Deutschland Unterstützung und Protektion zu suchen.

H. Cruppi war mit meinen Argumenten völlig einverstanden und erklärte mir, er sei durchaus geneigt, in den Grenzen des Möglichen den spanischen Wünschen entgegenzukommen. Zur Bekräftigung hierfür wies er auf seine Rede in der Deputiertenkammer hin, in der er die Absicht ausgesprochen hatte, in den Marokkoangelegenheiten freundschaftlich mit Spanien zusammen zu arbeiten. Über diese allgemeine Erklärung ging er jedoch nicht hinaus und verhinderte augenscheinlich, sich über die verschiedenen Punkte der spanischen Denkschrift bestimmt zu äußern. H. Perez Caballero beklagt sich seinerseits gerade über diese Ungenauigkeit der Erklärungen Cruppis. Heute oder morgen soll er mit ihm eine Unterredung haben, bei der er versuchen will, von ihm eine konkrete Antwort auf die in der erwähnten Denkschrift aufgestellten Forderungen zu erlangen. Der spanische Botschafter hat mir versprochen, das Ergebnis dieser Unterredung zu meiner Kenntnis zu bringen. Vorläufig drückte er mir im Namen seiner Regierung den lebhaftesten Dank für die ihm gewährte Unterstützung aus.

Schließlich muß ich noch hinzufügen, daß ich mich mit H. Perez Caballero dahin geeinigt habe, meine Teilnahme an den Besprechungen, die zwischen ihm und der französischen Regierung stattgefunden haben, aufs strengste geheimzuhalten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Bericht Nr. 25.

Paris, den 17./30. März 1911

In der Kammersitzung vom 11./24. März gab der neue französische Minister des Äußeren dem von ihm gegebenen Versprechen gemäß zum erstenmal ein Exposé des Programmes seiner Marokkopolitik.

Die Stellung des H. Cruppi in dieser heiklen Angelegenheit war mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Tatsächlich mußte das jetzige Kabinett, das unter der Flagge des extremen Radikalismus zur Macht gelangt war, seit seinen ersten Schritten gewissermaßen mit seinen Grundsätzen brechen und auf die Solidarität mit den Elementen der Linken in der Kammer verzichten, die, mit H. Jaurès an der Spitze, die sofortige Räumung der Region der Chaouia und die Einstellung der Entsendung von militärischen Verstärkungen nach Marokko forderten.

Andererseits konnte man nicht umhin, die Wünsche der gemäßigteren Parteien, die darauf ausgingen, die Würde Frankreichs durch eine Züchtigung der Meuchelmörder des Obersten Marchand zu wahren und die Ordnung in Marokko schleunigst wiederherzustellen, als vernünftig anzuerkennen und zu erfüllen.

Die Dinge komplizierten sich für H. Cruppi noch durch den Umstand, daß in letzter Zeit Spanien die einseitigen Interventionen Frankreichs in Marokko mit Mißtrauen verfolgt, da es in ihnen gewissermaßen nicht nur eine verächtliche Haltung gegenüber der Königlichen Regierung, sondern auch eine flagrante Verletzung der bestehenden Verträge erblickt. Im Hinblick hierauf mußte der Minister versuchen, durch seine Rede das Mißtrauen Spaniens, das überaus unerwünschte internationale Folgen nach sich ziehen kann, soweit wie möglich zu beseitigen.

Von den drei wegen der Marokkoangelegenheit an die Regierung gerichteten Interpellationen wurden von der Kammer nur zwei angehört, nämlich die, die von den Herren Denys Cochin und Jaurès im einzelnen begründet wurden. Was H. Hubert anbelangt, so verzichtete er zugunsten des Ministers des Äußeren auf das Wort. Die Rede Cochins, eines konservativen Abgeordneten von Paris, trug einen ausgesprochen optimistischen Charakter und verlieh der Überzeugung von der Nützlichkeit einer aktiven, wenn auch die nötige Vorsicht nicht außer acht lassenden Politik Frankreichs in Marokko Ausdruck. Nach der Meinung des Redners müßte Frankreich in erster Linie auf der raschen exemplarischen Züchtigung der Urheber des Meuchelmordes an dem Obersten Marchand bestehen. Die Regierung der Republik sei verpflichtet, dem Sultan, zugleich mit einer militärischen Hilfe zur Unterdrückung der ihm nicht botmäßigen Stämme,

finanzielle Hilfsmittel zum Bau von Eisenbahnen und zum Ausbau der Häfen von Casablanca und Tanger zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich Spaniens versuchte H. Cochin den Nachweis zu führen, daß es gerade dieses und keineswegs Frankreich sei, das im Widerspruch zu der Algecirasakte handele; denn zwischen dem französischen Gebiet und dem des Scherifen seien schon Zollposten eingerichtet, während sie längs der Grenzen der spanischen Zone noch nicht existierten. Der Redner schloß seine Rede mit einem Appell an die nationalen Interessen Frankreichs jenseits der Parteien und an den Unternehmungsgeist, der kein Zurückweichen dulden könne.

Im Gegensatz zu H. Cochin gab H. Jaurès seiner Rede den Ton eines völligen Pessimismus und einer Ermutigung zur Untätigkeit. Die Worte des Sozialistenführers riefen den Eindruck hervor, als ob er sich auf die Seite des Maghzen gegen Frankreich stelle, indem er das letztere der Felonie und des Bestrebens, sich Mulei-Hafid vollständig unterwerfen zu wollen, bezichtigte.

Der Redner gab seinen Befürchtungen wegen einer unnötigen Einmischung Frankreichs in die inneren Zwistigkeiten Marokkos Ausdruck, er widersetzte sich der kürzlichen Entsendung einer Hilfstruppe und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die französischen Militärinstrukteure sich an den Kämpfen gegen die Rebellen beteiligten, was seiner Ansicht nach keineswegs ihrer Aufgabe entspreche.

H. Jaurès unterzog die Tätigkeit der französischen Finanzgruppen, die an den letzten marokkanischen Anleihen beteiligt waren und bei der Emittierung der Aktien enorme Maklergebühren erhielten, einer Kritik, die vielleicht nicht ganz der Begründung entbehrt. Auf diese Weise müsse die Regierung des Scherifen Zinsen für viele Millionen Franken zahlen, die in den Taschen der Bankiers geblieben seien.

Nach Jaurès bestieg der Minister des Äußeren die Tribüne. H. Cruppi proklamierte zunächst die Absicht der Regierung, die Marokkopolitik ihrer Vorgängerin fortzusetzen, und zitierte die Worte Pichons, in dem Reich des Scherifen die durch geduldige Arbeit und diplomatische und militärische Anstrengungen Frankreichs erzielten Erfolge zu festigen.

Diese Politik, sagte der Minister, stützt sich auf eine unerschütterliche Grundlage: die Einhaltung der Abmachungen und Verträge sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach. Die Regierung habe die feste Absicht, die Befestigung der Herrschaft des Maghzen gleichzeitig mit der Entwicklung der friedlichen Einrichtungen im Land und mit der Begründung der Sicherheit und der wirtschaftlichen Freiheit zu verbürgen, deren Verteidiger Frankreich, zusammen mit Spanien, auf Grund der Zustimmung Europas sei.

Die Verpflichtungen Frankreichs in bezug auf Marokko ergäben sich aus diesen Grundsätzen: das Prestige und die Herrschaft des

Sultans aufrechtzuerhalten, ihm die militärischen Machtmittel, die ihm zur Unterwerfung der Stämme nötig seien, und die für die Militärreform, den unabsehbar nötigen Bau von Eisenbahnen und Häfen sowie für andere Arbeiten erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Bestrafung der an der Ermordung des Obersten Marchand schuldigen Personen erklärte H. Cruppi in der Kammer auf das energischste, daß er der Regierung des Scherifen schon die Forderung überreicht habe, die Verbrecher aufzufinden und sie für ihre Tat zur Verantwortung zu ziehen.

Die Entsendung von Verstärkungen nach Casablanca sei bereits durchgeführt und die auf Grund der kürzlichen Entscheidung des Ministerrats ergriffenen Maßnahmen hätten seine vollste Billigung gefunden.

Betreffs Spaniens hielt es der Minister aus den oben genannten Gründen für notwendig, das enge Einvernehmen der beiden Länder in ihrer Marokkopolitik und die loyale und die freundschaftliche Zusammenarbeit zur Erfüllung der ihnen gemeinsamen Aufgabe etwas deutlicher hervortreten zu lassen.

Schließlich werde der Maghzen dank einer neuen Anleihe von fünfzehn Millionen Franken, die teilweise durch die Steuern im Gebiet der Chaouia garantiert wurde, die Möglichkeit erhalten, den Rest der alten Schulden, soweit sie noch nicht durch die frühere Anleihe amortisiert seien, zu bezahlen.

Nach den Debatten nahm die Kammer mit einer Mehrheit von 365 gegen 74 Stimmen die Formel des Übergangs zur Tagesordnung an, indem sie so der Regierung ihr Vertrauen aussprach.

Ich beehre mich, den offiziellen Text der Rede des Ministers des Äußeren zu übersenden.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 38

Paris, den 25. März/7. April 1911

Infolge der in letzter Zeit eingetretenen beträchtlichen Verschärfung der Lage um Fez hat der Ministerrat beschlossen, im Bedarfsfalle ausreichende militärische Kräfte zur Unterstützung des Sultans Mulei-Hafid zu entsenden. Die französischen Botschafter in St. Petersburg, London und Berlin sind beauftragt worden, hiervon Mitteilung zu machen und zu erklären, daß der Zweck der vorgeschlagenen Maß-

nahme die Verteidigung der Interessen der europäischen Mächte in Marokko sei.

Iswolski

Der stellvertretende russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

(Mitgeteilt den Botschaftern in London, Madrid, Rom, Berlin, Wien und Konstantinopel)

Geheimerlaß Nr. 206 St. Petersburg, den 26. März/8. April 1911

Der französische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß die Regierung der Republik, beunruhigt über die Lage der Dinge in Marokko und im besonderen über das Fehlen von Nachrichten aus Fez, sich verpflichtet sieht, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, und vielleicht sogar eine Expedition in das Innere des Landes zu organisieren.

Welche Ausdehnung dieser Unternehmung aber auch gegeben werden müsse, so erklärt die Regierung der Republik im voraus mit Nachdruck, daß sie keineswegs Schritte im Auge habe, die Frankreich dahin führen könnten, das Protektorat über Marokko zu übernehmen. Die Vertreter Frankreichs sollen die Mächte hiervon unterrichten.

Neratow

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Brief

Paris, den 31. März/13. April 1911

In der Außenpolitik ist die Hauptsorge der französischen Regierung gegenwärtig die Marokkofrage, die sich jetzt von neuem kompliziert hat. Durch mein Telegramm vom 25. März dieses Jahres und wahrscheinlich durch die Mitteilungen des französischen Botschafters wissen Sie bereits, daß das Pariser Kabinett mit der Möglichkeit einer aktiven Intervention in dieser Angelegenheit rechnet, falls es sich als notwendig erweisen wird, den Sultan Mulei-Hafid oder die sich in Fez aufhaltenden Fremden gegen eine Gefahr zu verteidigen. Hier herrscht die Überzeugung, daß Frankreich keinesfalls den gegenüber dem früheren Sultan begangenen Fehler wiederholen darf, und daß es die Verpflichtung hat, dem Sultan Mulei-Hafid nicht nur finanzielle, sondern auch militärische Hilfe zu leisten. H. Cruppi hat in seiner Rede die Marokkopolitik der französischen Regierung folgendermaßen festgelegt: „Wenn die Lage der Fremdenkolonie in Fez

gefährvoll würde, wäre Frankreich verpflichtet, ihr zu Hilfe zu kommen; die Regierung werde hierzu erstens durch ein elementares Gefühl der Menschlichkeit und zweitens durch das spezielle Interesse Frankreichs an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Marokko bewogen.“

Gegenüber dieser Äußerung bemerkte H. Ribot, obwohl er die Politik des Ministeriums billigte, doch, daß Frankreich auf Grund der Algecirasakte nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Häfen verpflichtet sei; es auf sich zu nehmen, die Ordnung in ganz Marokko aufrechtzuerhalten, wäre gleichbedeutend mit der Übernahme der moralischen Verpflichtung, das ganze Land zu erobern, wozu das Parlament niemals seine Einwilligung geben werde. H. Cruppi ließ die Bemerkung des H. Ribot unbeantwortet; infolgedessen wurden die wahren Absichten der französischen Regierung nicht vollständig klargelegt.

Heute erklärte mir H. Cruppi in einer Unterredung mit mir sehr kategorisch, er habe die feste Absicht, in den Grenzen der Algecirasakte zu bleiben. Die neuesten Nachrichten aus Marokko seien übrigens beruhigender. Die Verbindungen zwischen Tanger und Fez seien nicht unterbrochen, die notwendige finanzielle Hilfe sei dem Sultan gewährt, und die fünfundzwanzig französischen Instruktionsoffiziere betätigten sich mit vollem Erfolge an der Spitze der Truppen des Scherifen. Zugleich leugnete freilich H. Cruppi nicht, daß die Lage sich plötzlich verschlechtern könne: in einem solchen Fall sei Frankreich, wie es den Kabinetten schon angekündigt sei, gezwungen, aktiver Maßnahmen zu ergreifen. Auf meine Frage, welche Haltung die Regierungen, die die Algecirasakte unterzeichnet hätten, und im besonderen Deutschland angesichts dieser Mitteilung eingetragen hätten, antwortete er mir, sie habe keinerlei Widerspruch erfahren, und zur Stunde finde in Berlin ein völlig freundschaftlicher Meinungsaustausch zwischen dem französischen Botschafter und H. Kiderlen-Wächter über diese Angelegenheit statt. Ebenso sei die Behauptung gewisser Blätter, die deutsche Regierung benutze diese Gelegenheit, um von Frankreich Konzessionen und Kompensationen in anderen Fragen, z. B. in der Frage der Bagdadbahn zu erreichen, vollständig falsch. Was Spanien anbetrifft, beobachte man dort hauptsächlich in der Presse einen typisch südländischen Gefühlsausbruch, die Regierung betrachte aber auch dort die Angelegenheit vollständig ruhig.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 11./24. April 1911

Die Ereignisse in Marokko komplizieren sich von Tag zu Tag, und unter dem Druck der Verhältnisse muß die französische Regierung zu immer energischeren Maßnahmen greifen. In der letzten Woche sprach mir Cruppi die bestimmte Hoffnung aus, daß die An-gelegenheit ohne neue Entsendung französischer Truppen und hauptsächlich ohne militärische Expedition nach Fez vorübergehen werde. Sein Plan bestand in folgendem: Den Sultan Mulei-Hafid mit finanziellen Mitteln zur Unterhaltung der von der französischen Militärmision geführten Truppen zu versehen, sowie in der Gegend der Chaouia eine Truppe von Eingeborenen, die sich aus den dem Sultan Mulei-Hafid treu gebliebenen Stämmen rekrutiert, aufzustellen und sie unter dem Kommando der französischen Instrukteure zur Befreiung nach Fez zu entsenden. Seither ist die Lage viel kritischer geworden, die Verbindungen mit Fez sind unterbrochen, so daß die Gefahr besteht, die französische Militärmision könnte ohne Geld und Munition bleiben. Bisher unbestätigte Gerüchte laufen um, die Hauptstadt sei von den Aufständischen eingenommen worden. Die öffentliche Meinung fordert mit Nachdruck energische Maßnahmen zur Unterstützung des Sultans Mulei-Hafid und zur Rettung der französischen Instrukteure und der Europäerkolonien. Infolgedessen hat die Regierung gestern beschlossen, eine Reihe von Ergänzungsmaßnahmen zu ergreifen: Die Eingeborenentruppe, die gegen Fez marschiert, wird durch eine fliegende Kolonne französischer Truppen verstärkt, die Division von Oran wird in der Gegend von Tuarirt konzentriert, und neue Verstärkungen, wie es heißt, von mindestens 10000 Mann, werden nach Casablanca gesandt. Diese letzte Maßnahme zeigt deutlich, daß es sich um die Vorbereitung einer Militärexpedition gegen Fez handelt, und daß diese von der Chaouia her ausgehen wird. Es scheint mir, daß H. Cruppi in seinen Erklärungen vollständig aufrichtig war, wonach die Regierung bestrebt ist, eine solche Expedition zu vermeiden, daß man aber jetzt hier zu der Überzeugung gekommen sei, daß es ohne diese nicht abgehen werde, falls nicht wider Erwarten eine günstige Wendung der Dinge eintreten sollte, wofür aber sehr wenig Hoffnung vorhanden ist.

Obgleich man nach den Worten des H. Cruppi bis jetzt noch keinen Versuch Deutschlands, gegen irgendeine der französischen Maßnahmen Einwände zu erheben oder Kompensationen zu verlangen, bemerken konnte, flößt der Ton der deutschen Presse dem hiesigen Publikum doch ernste Besorgnisse ein. Der Sinn der meisten deutschen Artikel ist folgender: Das Benehmen Frankreichs in Ma-

roko geht über die Grenzen der Algecirasakte hinaus und stellt die Marokkofrage auf einen völlig neuen Boden. Die französische Presse, die von der Regierung energische Maßnahmen fordert, beruft sich ihrerseits schon nicht mehr auf die Algecirasakte, sondern auf das Recht und die Pflicht Frankreichs, als souveräne Macht den französischen Offizieren und den in Fez befindlichen Ausländern zu Hilfe zu kommen.

Die Frage, ob eine militärische Expedition nach Fez geschickt werden soll oder nicht, wird in kürzester Zeit, vielleicht noch ehe Sie diesen Brief erhalten, entschieden sein. Diese Expedition wird ein wichtiges Ereignis in der allgemeinen europäischen Politik sein, dessen Bedeutung und Folgen man jetzt unmöglich übersehen kann. Alles hängt natürlich von der Stimmung Berlins und dem Umfang ab, in dem die deutsche Regierung diese Begebenheit für ihre eigenen Zwecke wird ausnützen wollen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Geschäftsträger in Berlin*

(Mitgeteilt an den russischen Botschafter in Paris)

Telegramm Nr. 531 St. Petersburg, den 18. April/1. Mai 1911

Der französische Botschafter setzte mir den Verlauf der militärischen Operationen in Marokko auseinander und teilte mir die Absicht Frankreichs mit, sich auch künftighin von den Grundlagen seiner Verträge bezüglich der marokkanischen Angelegenheiten leiten zu lassen. Es werde demgemäß die Besetzung von Fez auf wenige notwendige Wochen beschränken. Er hat mich auch wissen lassen, daß dieselben Erklärungen durch Cambon auch dem Kanzler und Kiderlen gegenüber abgegeben und von diesen als befriedigend anerkannt worden seien. Wir bitten Sie, auch unsererseits in Berlin zu erklären, daß wir die Operationen Frankreichs in Marokko als korrekt und natürlich anerkennen.

Wollen Sie bitte demzufolge in diesem Sinne erklären, daß die Kaiserliche Regierung die Handlungen Frankreichs für durchaus einwandfrei halte. Nachdem Sie dies Kiderlen mitgeteilt haben, wollen Sie der Zuversicht Ausdruck verleihen, daß Deutschland diese Frage ebenso ansieht, und zugleich Ihre Befriedigung zeigen, wenn Sie die gleiche Haltung auf Seiten Deutschlands feststellen können.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 559

St. Petersburg, den 22. April/5. Mai 1911

Nr. 4. Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 554.

Unter Nr. 3 ist Ihnen das Telegramm Schebekos Nr. 34 übermittelt worden.

Wollen Sie bitte das günstige Resultat unserer freundschaftlichen Intervention in Berlin betonen, die eine völlig befriedigende Antwort von seiten Deutschlands herbeigeführt hat, und gleichzeitig die Zuversicht ausdrücken, daß wir gegebenenfalls die gleiche Unterstützung von Frankreich erhalten.

Neratow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 28. April/11. Mai 1911

Ich hatte die Ehre, Ihre Telegramme vom 18., 21. und 22. April zu erhalten, die mich beauftragten, die von der Kaiserlichen Regierung anlässlich der Ereignisse in Marokko in Berlin unternommenen Schritte zur Kenntnis des Kabinetts in Paris zu bringen, das günstige Resultat unserer freundschaftlichen Intervention hervorzuheben und die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß wir bei Gelegenheit dieselbe Unterstützung von Frankreich erhalten würden.

Mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Abreise des H. Cruppi nach Brüssel, wohin er den Präsidenten Fallières begleitet, und auch, um auf die französische Regierung den nötigen Eindruck zu machen, entschloß ich mich, diese Mitteilung in Form eines Briefes an H. Cruppi zu machen, von dem eine Abschrift beigefügt ist.

H. Cruppi antwortete mir eben durch ein privates Schreiben, von dem gleichfalls eine Kopie beiliegt, aus dem hervorgeht, daß er die Unterstützung, die wir Frankreich zuteil werden ließen, voll und ganz gewürdigt habe. Über den Gang der Ereignisse in Marokko werde ich Ihnen in einem besonderen Briefe einen eingehenden Bericht liefern.

Genehmigen Sie etc.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 28. April/11. Mai 1911

Seit meinem letzten Brief haben die Ereignisse in Marokko einige Veränderungen erfahren. Vor zwei Wochen stellte sich die Lage

folgendermaßen dar: Die unter dem Namen Kharka in der Chaouia gebildete Eingeborenenabteilung, die zur Befreiung von Fez entsandt war, wurde durch eine fliegende Kolonne französischer Truppen verstärkt. Die Truppe des Generals Moinier in Casablanca erhielt eine Verstärkung von ungefähr 10000 Mann, während der General Toutée an der Grenze von Algier den Befehl erhielt, seine Kräfte längs des Flusses Muluia zu konzentrieren. Danach lauteten die Nachrichten aus Fez etwas beruhigender; es kehrten nämlich nach vielen Anstrengungen die Truppen des Scherifen unter dem Kommando des französischen Instrukteurs Brémont, die zeitweilig ganz ohne Verbindung mit Fez gewesen waren, dorthin zurück. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten beschloß die Regierung, daß die fliegende Kolonne zwei Tagesmärsche von Fez entfernt halmachen sollte. Nachdem sie die Verbindung mit der französischen Militärmision in der Hauptstadt Mulei-Hafids, wie auch den Munitionstransport nach dieser Stadt gesichert hatte, sollte sie die weiteren Ergebnisse abwarten; gleichzeitig wurde ihr Befehlshaber, Oberst Brulard, ermächtigt, die Truppen nur im dringenden Notfall in Fez einrücken zu lassen.

Aber am Tage, nachdem diese Beschlüsse gefaßt waren, wurde die Regierung von neuem durch die Telegramme des französischen Konsuls und des Chefs der französischen Militärmision in Fez alarmiert, die die Lage sowohl in der Hauptstadt selbst, als auch in ihrer Umgebung in den dunkelsten Farben schilderten. Die französischen Instrukteure können sich nach ihren Versicherungen nicht mehr auf die Treue der Truppen des Scherifen, die keine Lohnung mehr erhalten, verlassen, während der Aufstand im Lande mehr und mehr an Boden gewinnt. Wenn daher nicht schleunige und ausreichende Hilfe geleistet wird, bedroht eine unvermeidliche Gefahr die französische Mission und die Europäerkolonie in Fez. Diese Mitteilungen beunruhigen die öffentliche Meinung Frankreichs stark, die einen energischen Angriff auf Fez fordert und sich über das langsame Vorgehen der Abteilung des Obersten Brulard entrüstet. Es lassen sich auch Stimmen hören, die den allgemeinen Plan der militärischen Operationen verurteilen und darauf hinweisen, daß es leichter wäre, Fez von der algerischen Grenze und nicht von der Gegend der Chaouia aus zu Hilfe zu kommen.

Wie ich Ihnen bereits telegraphierte, ist zu erwarten, daß die französischen Truppen unter dem Druck der Ereignisse nicht, wie angenommen, auf ihrem Marsche halmachen, sondern mit der Eingeborenenabteilung in die Hauptstadt einrücken werden; mit anderen Worten, es wird genau das eintreten, was die französische Regierung anscheinend ganz aufrichtig verhindern wollte und jetzt noch zu verhindern sucht. Im allgemeinen erinnern mich die Ereignisse in Marokko sehr an die Umstände, unter denen wir selbst gezwungen waren, Truppen nach Persien zu senden. Damals gestattete uns eine

günstige Wendung der Dinge, unser Detachement in Kazwin anzuhalten, und enthob uns der ernsten Schwierigkeiten, die eine Besetzung der Hauptstadt des muselmanischen Reiches im Gefolge gehabt hätte.

Zu dieser Stunde ist es nicht möglich, vorauszusagen, ob es Frankreich gelingen wird, ebenso glücklich aus einer noch schwierigeren Lage herauszukommen. Ich sage: noch schwieriger, weil die französische Regierung nicht nur mit dem heiklen Problem der Befriedigung des Scherifenreiches, sondern in noch höherem Maße mit der sehr verwickelten diplomatischen Lage rechnen muß.

In letzterer Hinsicht fürchte ich sehr, daß H. Cruppi, der absolut keine diplomatische Erfahrung besitzt, sich einem gefährlichen und ungenügend begründeten Optimismus hingibt. Wie Sie wohl ohne Zweifel bemerkt haben, antwortet H. Cruppi auf alle meine Fragen über den Verlauf der Besprechungen in Berlin, daß man bei der deutschen Regierung keine Neigung bemerke, sich dem Vorgehen Frankreichs zu widersetzen oder irgendeine Kompensation zu verlangen. Nicht minder optimistisch ist er in seiner Beurteilung der von Spanien beobachteten Stellungnahme, obwohl er hier eine gewisse Gereiztheit zeigt. Er erklärt diesen Optimismus durch die Tatsache, daß bei dem festen Entschlusse Frankreichs, die durch die Algecirasakte gegebenen Grenzen nicht zu übertreten und auf jeden Fall nicht zu einer ständigen oder auch nur längeren Besetzung von Fez zu schreiten, weder Deutschland noch Spanien einen Grund zu Protesten oder zu aktiver Intervention haben würden.

Ich sehe dagegen die Lage in der Tat in einem etwas anderen Lichte. Nach allem zu urteilen, was mir bekannt ist, hat das Berliner Kabinett eine sehr vorteilhafte und geschickte Stellung gewählt: Ohne bis jetzt irgend etwas gegen die Handlungsweise Frankreichs einzuwenden, behält es sich die Möglichkeit vor, jederzeit zu verkünden, daß die Algecirasakte verletzt worden sei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es gleichzeitig unter der Hand Spanien aufhetzt und so das Terrain für Komplikationen zwischen den beiden, direkt an Marokko interessierten Mächten vorbereitet. So beherrscht die deutsche Diplomatie die Lage und kann nicht nur je nach der Entwicklung der Dinge an Ort und Stelle, sondern auch nach dem allgemeinen Verlauf seiner inneren oder äußeren Politik plötzlich die marokkanische Frage zuspitzen. Hierin scheint sich mir gerade die Gefahr zu verbergen, die H. Cruppi wohl kaum richtig einschätzt. Diese Gefahr scheint mir um so ernster, als H. Cruppi, soweit ich es beurteilen kann, kein vollständig klares und bestimmtes Programm in bezug auf Marokko hat. Er handelt unter dem Einfluß verschiedener Strömungen und Umstände. Unter diesem Gesichtspunkt kann man nur den Rücktritt H. Pichons bedauern. Dieser wird jetzt von der hiesigen Presse sehr scharf kritisiert, aber er wußte genau, was er in Marokko wollte und

unterlag nicht dem Einfluß der Chauvinisten, die hier wie überall vorhanden sind.

Ich bemerke zum Schluß, daß meine Befürchtungen von denjenigen der hiesigen Botschafter, die mir gegenüber am offensten sind, völlig geteilt werden, nämlich von den Vertretern Englands und Italiens. Es ist interessant, daß Sir Francis Bertie persönlich davon überzeugt ist, Deutschland warte nur den geeigneten Augenblick ab, um zu verkünden, daß die Algecirasakte aufgehört habe zu bestehen, und dann einen oder zwei Häfen (darunter Magador) an der atlantischen Küste Marokkos zu besetzen. Dies würde nach den Worten des englischen Botschafters den Interessen Englands einen fühlbaren Schlag versetzen, da hierdurch die Sicherheit seiner Verbindung mit Südafrika gefährdet werden würde.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 48

Paris, den 5./18. Mai 1911

Hier ist man über den Verlauf der französisch-spanischen Befreiungen hinsichtlich Marokkos, die in Madrid stattfinden, sehr beunruhigt. Die spanische Regierung hat eben eine Denkschrift, die ihre Wünsche entwickelt, vorgelegt. Von der Überzeugung ausgehend, daß Frankreich als Ergebnis der augenblicklichen Ereignisse und der Besetzung von Fez sich den Sultan völlig unterwerfen wird, verlangt das Madrider Kabinett die vollständige Herrschaft in der dem spanischen Einfluß durch den französisch-spanischen Geheimvertrag von 1904 vorbehaltenen Zone. Cruppi ist der Ansicht, daß diese Forderung ihrem Wesen nach unzulässig und gefährlich sei, weil sie auf eine tatsächliche Teilung Marokkos hinauslaufe und Deutschland einen Vorwand geben könne, die Annulierung der Algecirasakte zu verkünden. Die französische Regierung fährt fort zu erklären, daß Fez nur für ganz kurze Zeit besetzt bleiben werde, daß Frankreich auf dem Boden der Algecirasakte stehe, und daß sein einziges Ziel die Konsolidierung der Macht des Sultans sei. Ich wies Cruppi nochmals auf die ernste Gefahr hin, die darin liege, Spanien in die Arme Deutschlands zu treiben. Cruppi versprach, die spanische Denkschrift äußerst gewissenhaft zu studieren und, ohne sich auf den gefährlichen Weg der Teilung einzulassen, ein Mittel zu finden, um Spanien eine praktische Genugtuung zu geben. Es scheint mir sehr wünschenswert, in mäßigendem Sinne auf das Kabinett in Madrid einzuwirken, das

unstreitig unter der Hand von Deutschland aufgehetzt wird. Wenn ich nicht irre, so steht der englische Botschafter in Madrid diesen Verhandlungen sehr nahe und neigt ganz der französischen Auffassung zu.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 11./24. Mai 1911

Heute morgen telegraphierte ich Ihnen, daß man hier die Nachricht von dem Einmarsch der französischen Abteilung unter dem Kommando des Generals Moinier am letzten Sonntag in Fez erhalten hat. Die französischen Truppen begegneten an den Mauern von Fez keinem Widerstand und haben die Europäerkolonien vollkommen wohl angetroffen.

Obwohl die Empfänge im Ministerium des Äußeren abgesagt worden sind, sprach ich eben H. Cruppi und konnte ihm persönlich zu dem günstigen Resultat des Feldzuges gratulieren. Ich traf den Minister in sehr froher Stimmung an; er sprach mit dem größten Lob von der Tätigkeit des Generals Moinier, den die Zeitungen und das Publikum der Langsamkeit beschuldigten, der aber in Wirklichkeit die größte Voraussicht und Energie bewiesen habe. Der so rasche und sichere Erfolg dieser Operationen zeigt, wie unbegründet die Meinung ist, nach der die Truppen nicht von der Gegend der Chaouia, sondern von der algerischen Grenze und von dem Flusse Malouia aus hätten vorrücken sollen; im letzteren Falle hätte die Sache nicht ohne blutige Zusammenstöße mit den dortigen Stämmen abgehen können.

Auf die Frage, worin das weitere Programm der französischen Regierung in bezug auf Marokko bestehe, gab mir H. Cruppi folgende Erklärung: „Die französische Regierung hat den Mächten mitgeteilt, sie beabsichtige, sich innerhalb der Grenzen der Algecirasakte zu halten. Ihre Truppen würden Fez nur „für die unbedingt nötige Zeit“ besetzen. Frankreich wird von dieser Erklärung in keiner Weise abweichen: die Besetzung von Fez wird nur genau so lange dauern, wie es nötig ist, um die Stellung des Sultans Mulei-Hafid und des Maghzen zu befestigen. Ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes existiert bereits in Fez: es ist die französische Militärmision unter Oberst Mangin, die sich auf Grund der alten Verträge mit Marokko dort befindet. Mit ihrer Hilfe wird ein genügend starkes Heer des Scherifen organisiert werden. Das Prestige des französischen Vertreters und der französischen Offiziere wird sicher durch den glänzenden Erfolg

des Feldzuges in höchstem Grade gehoben werden, was wiederum der allgemeinen Ruhe und Sicherheit nur dienlich sein kann. Sobald dieser Zweck erreicht sein wird, wird die französische Regierung nicht verfehlen, ihre Abteilung nach Casablanca zurückzuberufen, und sie bezweifelt nicht, daß alle Mächte ohne Ausnahme sich von ihrer vollkommenen Loyalität und Aufrichtigkeit überzeugen werden.“

In der weiteren Unterhaltung erwähnte ich Spanien und fragte H. Cruppi, wie weit seine Besprechungen mit der spanischen Regierung gediehen seien. Der Minister sagte, er habe es nicht für möglich gehalten, die letzten spanischen Vorschläge, über die ich Ihnen am 5./18. Mai, Nr. 48, telegraphiert habe, durch Gegenvorschläge zu beantworten, um die Unannehmbarkeit des spanischen Standpunktes nicht noch zu unterstreichen; aber er habe den französischen Botschafter in Madrid mit Instruktionen versehen, die eine ganze Reihe praktischer Konzessionen enthielten, die seiner Überzeugung nach Spanien zufriedenstellen müßten. „Ich versichere Ihnen,“ sagte H. Cruppi, „daß ich bereit bin, mein möglichstes, ja sogar noch mehr für Spanien zu tun; nur eines können wir nicht zulassen, und das ist die uns vorgeschlagene, verschleierte Teilung Marokkos, die auch einer dritten Macht Anlaß geben würde, ihrerseits ebenfalls einen Teil des Reiches des Scherifen zu fordern.“

Die Spanier leiden an einer Manie der Nachahmung; jede unserer Demarchen in Marokko ruft bei ihnen eine Neigung zu einem entsprechenden Schritt hervor, selbst wenn in der Tat keine Notwendigkeit dafür vorhanden ist. So haben sie eben ihre Truppen in wenige Kilometer von Tetuan entfernte Stellungen vorgesobben. Wenn sie nun daraufhin Tetuan selbst (was sie übrigens leugnen) besetzen wollten, so könnte das einen Widerspruch nicht nur von seiten Frankreichs, sondern auch von seiten der anderen Mächte, d. h. vor allem von seiten Englands, hervorrufen.

Trotzdem bin ich vollständig davon überzeugt, daß wir uns mit Spanien ins Einvernehmen setzen müssen und können. Auf dieses Ziel laufen jetzt alle unsere Anstrengungen hinaus.“

Obgleich ich keinen Grund sehe, der Aufrichtigkeit H. Cruppis nicht zu vertrauen, so scheint es mir doch immer noch etwas zweifelhaft, ob sein Optimismus begründet ist. Auf meine Frage, ob er wenigstens annähernd die Zeitdauer der Besetzung von Fez bestimmen könne, antwortete er ausweichend, und mir scheint, daß er sich wohl kaum von den Schwierigkeiten der praktischen Durchführung des von ihm aufgestellten Programms Rechenschaft gibt. Wie dem auch sei, wenn auch der erste Akt der marokkanischen „Aktion“ zweifellos gut verlaufen ist, so beginnt doch jetzt die zweite heiklere Periode. Wie ich bereits in meinem vorigen Briefe mit sagte, wäre es außerordentlich gefährlich, wenn diese Periode mit

einer innerpolitischen Krise zusammenfallen würde, deren Möglichkeit, wie es scheint, noch immer nicht ausgeschlossen ist.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 24. Mai/6. Juni 1911

Wie ich Ihnen bereits schrieb, kann man feststellen, daß der erste Akt der marokkanischen „Aktion“ vollkommen glücklich abgelaufen ist. Der Feldzug des Generals Moinier, der sorgfältig vorbereitet und organisiert war, ist mit ausreichender Schnelligkeit und ohne ernste Verluste durchgeführt worden. Die französische Militärikommission und die europäischen Kolonien sind in Sicherheit. Der Sultan Mulei-Hafid ist gegen den Druck der Aufständischen geschützt worden und sein Thron neu befestigt. Nun beginnt die zweite und vielleicht schwierigste Periode. Frankreich muß jetzt beweisen, daß es das Programm, auf das es sich festgelegt hat, nicht nur aufrichtig durchführen will, sondern auch tatsächlich durchführen und seine gegebenen Versprechungen erfüllen kann. Es ist kein Grund vorhanden, an der Aufrichtigkeit der Absichten der französischen Regierung zu zweifeln. H. Cruppi hat mir vertraulich die ausführliche Instruktion, die dem General Moinier sofort nach seinem Einmarsch in Fez übersandt wurde, vorgelesen. Diese Instruktion ist sehr vernünftig und kategorisch. Man schärft ihm ein, in der Hauptstadt selbst nur die aus Eingeborenen bestehenden Einheiten seiner Abteilung unterzubringen, und sofort die Organisation einer ausreichend starken Armee des Scherifen in Angriff zu nehmen. Er soll mit allen Mitteln die Autorität des Sultans erhalten und stärken und alles vermeiden, was als der Akt eines Protektorates über Marokko angesehen werden könnte. Ferner soll er sich, sobald die Lage im Innern von Fez in genügender Weise gefestigt sein wird, gegen die hauptsächlichen Gruppen der Rebellenstämme wenden, zugleich den Stamm der Zaer, der an dem Meuchelmorde des französischen Majors Marchand schuldig ist, bestrafen und zuverlässige und sichere Verbindungen zwischen Fez und der Meeresküste herstellen. Gleichzeitig mit all diesen Aktionen wird dem Sultan eine finanzielle Hilfe auf der Basis des letzten Abkommens zwischen ihm und der französischen Regierung erteilt werden. Gegen dieses Programm ist, wie man sieht, nichts einzuwenden. Die ganze Frage ist nur, ob seine Ausführung möglich sein wird und ob es Frankreich nicht in einen zähen Kampf gegen die

marokkanische Anarchie hineinziehen und zuletzt zu der vollständigen Besitzergreifung des ganzen Landes und damit zu internationa-
len Komplikationen führen wird.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 6./19. Juli 1911

Sie erinnern sich wahrscheinlich, daß die jetzt auf dem Boden der marokkanischen Frage geschaffene sehr verwickelte und gefährliche Lage von mir schon vor zwei Monaten H. Cruppi vorhergesagt wurde, der sich damals unbegreiflich optimistisch zeigte und an die Möglichkeit eines aktiven Vorgehens Deutschlands nicht glaubte. Es geschah aber, was zu erwarten war: Deutschland wartete den geeigneten Augenblick ab und meldete seine Ansprüche an, indem es die durch Frankreich und vornehmlich durch Spanien geschaffene Lage als Vorwand benutzte. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob ein geheimes Einverständnis mit Madrid bestand oder nicht. Der größte Fehler Cruppis, auf den ich mehr als einmal hingewiesen habe, war seine leichtfertige Behandlung der spanischen Wünsche und Interessen. Die Folge war, daß Spanien Deutschlands Spiel spielte und die unglückselige marokkanische Frage vollends verwirrte. H. de Selves, mit dem ich zwei lange Unterredungen hatte, und der, wie meine Telegramme zeigten, mich auf dem laufenden der Berliner Verhandlungen hielt, bestreitet die Fehler seines Vorgängers nicht. Er macht, wenngleich nicht den Eindruck eines erfahrenen Diplomaten, so doch den eines Mannes von gesundem Verstande und großer Kaltblütigkeit. Von der deutschen Erklärung an dem Tage überrascht, da er Pflichten übernahm, die ihm völlig fremd waren, verlor er nicht den Kopf. Er hat seither, wie es scheint, keinen falschen Schritt getan. Er sagte mir unter anderem, er glaube, daß Deutschland, als es ein Kriegsschiff nach Agadir schickte, ursprünglich in der Tat beabsichtigte, sich an diesem Punkte des Atlantischen Ozeans festzusetzen und sich des Hinterlandes zu bemächtigen. Dieser Plan konnte gefaßt werden, weil man England falsch einschätzte und die in letzter Zeit bemerkte germanophile Strömung überschätzte. Kaum stieß Deutschland auf eine kräftige Abwehr von seiten Frankreichs, und kaum überzeugte es sich, daß England die Annexion Agadirs nicht zu lassen und daß Rußland neutral bleiben werde, so gab die deutsche Regierung ihre ursprüngliche Absicht auf, um den min-

dergefährlichen Weg eines Handels über Kompensationen und Äquivalente einzuschlagen. Wie Sie wissen, ließ die erste Unterredung Cambons mit Kiderlen die deutschen Absichten nicht erkennen, was dem französischen Botschafter den Anlaß gab, mit voller Bestimmtheit zu erklären, daß Frankreich die Festsetzung Deutschlands in irgendeinem Teile Marokkos nicht dulden werde, worauf Kiderlen, ohne darauf einzugehen, gleichsam beiläufig auf Französisch-Kongo hinwies als auf ein mögliches Verhandlungsobjekt. Heute habe ich Ihnen vertraulich telegraphiert, was Gegenstand der zweiten Verhandlung war; Kiderlen schlug vor, die französischen Rechte auf Marokko anzuerkennen gegen eine Grenzberichtigung zwischen Kamerun und Französisch-Kongo, die — wie de Selves sagte — einer Abtretung fast des ganzen französischen Kongos gleichgekommen wäre. De Selves erklärte mir sehr energisch, daß er diesen Vorschlag nicht nur für gänzlich unannehmbar halte, sondern daß Deutschland die Forderung nur gestellt habe, um eine Ablehnung von seiten Frankreichs hervorzu rufen und dann in Agadir zu bleiben. Das hat er dem deutschen Botschafter gesagt, der vor mir bei ihm war. Baron Schoen suchte mit der ihm eigenen Weichheit diese Befürchtungen zu zerstreuen. De Selves schien mir heute sehr besorgt, und ich weiß, daß andere Mitglieder des Kabinetts diese Stimmung teilen. Ich habe de Selves darauf aufmerksam gemacht, daß, falls Frankreich als Kompensation den Verzicht auf die Donau—Adria anbieten wollte, vorher die Zustimmung Rußlands und Italiens einzuholen sei. De Selves versicherte, keine derartigen Absichten zu haben, auch habe Deutschland bisher keine anderen Kompensationen als den Kongo erwähnt. Der Finanzminister Klotz erklärte mir, daß die französische Regierung unter keinen Umständen die Kotierung deutscher Staatspapiere an der Pariser Börse als Kompensationsobjekt zulassen werde.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 86 Paris, den 20. Juli/2. August 1911

De Selves hat mir eben das Telegramm Cambons über seine gestrige Zusammenkunft mit Kiderlen vorgelesen, aus dem sich ergibt, daß im Gang der Verhandlungen eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Kiderlen begann damit, daß er erklärte, Kaiser Wilhelm sei höchst unwillig über die Artikel mehrerer französischer Zeitungen, die seine Person betrafen. Dann gab er die bisherige Unnachgiebigkeit auf und erklärte sich bereit, die französischen

Gegenvorschläge zu diskutieren. Cambon schlug vor: Korrektur der Grenze zwischen Kamerun und Kongo im nördlichen Teil, und Abtretung einer der französischen Inseln in Polynesien oder im Indischen Ozean, unter der Bedingung, daß die Frage der Kongoküste und Togo ganz wegfalle. Kiderlen antwortete, für Deutschland sei es wichtig, Zutritt zum Meer und namentlich zum Kongofluß zu erhalten. Er bestand nicht auf der ersten Forderung der Abtretung von ganz Kongo und wies auf die Meeresküste zwischen Rio del Muni und Libreville, erwähnte aber nicht genau, wie „Zutritt zum Kongostrom“ zu verstehen sei. In betreff Marokkos erklärte er die Bereitwilligkeit Deutschlands, die Rechte Frankreichs im weitesten Sinne anzuerkennen. Auf die Frage Cambons, ob dies Anerkennung eines französischen Protektorats bedeute, antwortete Kiderlen, daß aus Erwägungen völkerrechtlichen Charakters dieses Wort nicht gebraucht werden solle. Das sei jedoch nur eine Frage der Redaktion des künftigen Abkommens, das jedenfalls zur Bestätigung den Mächten vorzulegen sei, die die Akte von Algeciras unterschrieben hätten. Auf diesem letzteren Punkt besteht namentlich Frankreich. Die Verhandlungen zwischen Kiderlen und Cambon werden erst nach einigen Tagen wieder aufgenommen werden, nachdem beiderseitig die gemachten Vorschläge studiert worden sind. Es ist beschlossen, über den Gang der Verhandlungen nichts der Presse mitzuteilen.

De Selves fühlt sich offenbar durch diese Wendung, die Aussicht auf eine Verständigung bietet, erleichtert, und dankt für die Schritte, die Rußland in Berlin getan hat.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 6./19. August 1911

Sehr geehrter Herr Anatol Anatoliewitsch!

Ich schreibe Ihnen in aller Eile zwei Worte, um Sie zu benachrichtigen, daß ich mit dem heutigen Finanzkurier einen Brief an W. N. Kokowtzow sende, in dem ich ihm vorläufig ganz privatim die Bitte unterbreite, mich angesichts der herannahenden internationalen Krise mit ausreichenden materiellen Mitteln zu versehen, um auf die hiesige Presse einzuwirken. Nur mit den allergrößten Anstrengungen ist es mir soeben gelungen, irrtümliche Interpretationen der gerade in diesem kritischen Augenblick erfolgten Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland über Persien zu verhindern. Aber dies ist nur ein ganz zufälliger Erfolg, und es wäre sehr wich-

tig, ein dauerndes und sicheres Mittel zu besitzen, um den wichtigsten hiesigen Organen, die fast alle nur „klingenden“ Argumenten zugänglich sind, die gewünschte Richtung zu geben. Man braucht sich nur daran zu erinnern, welch bedeutende Rolle zur Zeit der bosnischen Krise die geschickte Verteilung von österreichischem Gelde spielte, die Graf Khevenhüller an die französische Presse vornahm. Ich bitte W. N. Kokowtzow, mir zu antworten, ob er meine Bitte in diesem Augenblick für exzeptionell hält. In diesem Falle werde ich nicht verfehlten, ihm meine Erwägungen über die Höhe der notwendigen Summen und über die Art der Verwendung zukommen zu lassen. Wenn Sie meine Bitte für gerechtfertigt halten, erlaube ich mir zu hoffen, daß Sie es nicht zurückweisen werden, sie bei W. N. Kokowtzow zu unterstützen. Ich möchte Sie bitten, mich telegraphisch von der prinzipiellen Zustimmung oder Ablehnung des Finanzministers zu informieren, damit ich durch den nächsten Kurier die entsprechenden Erläuterungen übersenden kann.

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 116 Paris, den 30. August/12. September 1911

Ich telegraphiere ins Ministerium: Die Kenntnis des vollen Textes der deutschen Antwort hat hier die ersten Eindrücke, die mein Telegramm 144 darlegt, noch verstärkt. Kiderlen sucht in seinem Gegenprojekt einerseits durch eine Reihe von Vorbehalten und Anmerkungen zu den Artikeln des französischen Projektes nach Möglichkeit die politische Freiheit der Aktion Frankreichs in Marokko einzuschränken, und andererseits nicht nur gleiche wirtschaftliche Garantien für alle Mächte, sondern auch Privilegien zum Vorteil Deutschlands zu erhalten. Dies tritt besonders klar in dem Artikel hervor, der die Eisenbahnen betrifft. Deutschland schlägt vor, Marokko in zwei Zonen zu teilen: in eine nördliche, in der Frankreich 70 Grad und Deutschland 30 Grad haben soll, und in eine südliche, in der wiederum Deutschland 70 Grad und Frankreich 30 Grad erhält. De Selves sagte mir, daß eine solche Wendung der Frage für Frankreich ganz unannehmbar sei. Wenn Frankreich zu territorialen Abtretungen bereit gewesen sei, so sei es dies doch nur gewesen, um volle Aktionsfreiheit in Marokko zu erhalten, worauf Kiderlen ursprünglich vollkommen eingegangen sei.

Wenn Frankreich als Resultat der Vereinbarung wieder die früheren Beschränkungen und Schwierigkeiten erfahren sollte, so verliere die territoriale Abtretung jeden Sinn. Was das vorgeschlagene Eisenbahnkondominium betreffe, so könne Frankreich nicht darauf eingehen, schon weil dadurch die allgemeine politische Gleichheit und die Interessen Dritter verletzt würden.

Nachdem ich mit de Selves sorgfältig die deutsche Denkschrift gelesen hatte, sagte ich ihm, daß meiner Überzeugung nach sich ein weites Feld für weitere Verhandlungen biete, und daß in vielen Punkten Verständigungsformeln zu finden seien.

De Selves stimmte mir zu und versicherte, daß er durchaus für Fortsetzung der Verhandlungen eintrete. Die Instruktion für die Antwort Cambons wird dieser Tage im Ministerrat erwogen werden und Ende der Woche in Berlin eintreffen.

Mit dem Kurier am Donnerstag ist eine lange Analyse der deutschen Denkschrift abgegangen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 118 Paris, den 31. August/13. September 1911

Ich telegraphiere ins Ministerium: Der Ministerrat hat gestern den Text der französischen Antwort festgestellt, die heute oder morgen nach Berlin abgeht. Die französische Regierung besteht auf Ausschließung aller Beschränkungen ihrer politischen Aktionsfreiheit in Marokko und ist nur unter dieser Voraussetzung bereit, materielle Opfer zu bringen. Frankreich kommt den deutschen Forderungen, die dahin zielen, allen Mächten rein ökonomische Freiheit und Gleichheit zu gewähren, weit entgegen. Unbedingt abgelehnt wird der Versuch, unter dem Schein eines französisch-deutschen Eisenbahnkondominiums Deutschland besondere Vorteile und Privilegien zu gewähren.

De Selves bestätigte mir nochmals, daß er die Verhandlungen fortsetzen wolle, und zwar in freundschaftlichstem Ton; er versicherte, daß ein Abbrechen der Verhandlungen unter keinen Umständen auf Initiative Frankreichs erfolgen werde.

Eine ausführliche Analyse des deutschen Memoires und der französischen Antwort schicke ich morgen durch Kurier.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 122

Paris, den 7./20. September 1911

Ich telegraphiere ins Ministerium: Hier ist bisher noch immer nicht die schriftliche Antwort der deutschen Regierung eingetroffen, die wahrscheinlich heute Cambon eingehändigt wird und vielleicht erst morgen oder Donnerstag in Paris eintrifft. Trotzdem zieht de Selvès aus dem mündlichen Gedankenaustausch zwischen Kiderlen und Cambon ziemlich optimistische Schlüsse. In einigen sehr wichtigen Punkten ist offenbar eine Verständigung erreicht. So verzichtet Deutschland auf die für Frankreich unannehbaren Forderungen, die in den Artikeln 7 und 10 und in der Anlage zu Artikel 7 des deutschen Gegenprojekts niedergelegt sind. Die Meinungsverschiedenheiten, die andere Punkte betreffen, besonders 5, 6 und 11, hofft de Selvès durch eine Vermittlungsformel zu beseitigen. Die Frage territorialer Kompensationen bleibt noch offen. Überhaupt nimmt die Frage, wenn die deutsche Antwort nicht wiederum völlig Unerwartetes bringt, eine günstige Wendung. Die Entlassung der Reservisten wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu normaler Zeit erfolgen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 139

Paris, den 28. September/11. Oktober 1911

Ich telegraphiere ins Ministerium: Die Berichte Cambons ergeben, daß eine Verständigung über alle Punkte erreicht ist. Noch steht die Festlegung und die genauere Bestimmung einiger Auslegungen aus, worüber Briefe zwischen Kiderlen und Cambon ausgetauscht werden sollen. Am 10. Oktober abends sind die Instruktionen wegen der territorialen Abtretungen an Cambon abgegangen. Die Agitation gegen Abtretungen wird von Politikern wie Clémenceau und Briand gefördert. Unter diesem Druck zieht de Selvès zwar nicht formell die früheren Zusagen zurück, sucht aber wesentliche Änderungen zu erreichen, namentlich die Ausscheidung einer neutralen Zone, die die Verbindung zwischen Gabun und Ubanga sichert. Die Lage kompliziert sich durch den bevorstehenden Zusammentritt der Kammern. De Selvès ist deshalb sehr in Sorgen und sieht große Schwierigkeiten kommen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Auszug aus einem Bericht

Paris, den 7./20. Dezember 1911

Nach einer allgemeinen Schilderung der deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko schließt der Brief:

Endlich haben die geschilderten Eigenheiten noch einige politische Wahrheiten bezeugt, hinsichtlich deren man bis jetzt in Zweifel sein konnte. Die Krise des Jahres 1908 wegen Bosniens hat in der öffentlichen Meinung Europas einen gewissen Mangel an Zutrauen zu der Festigkeit und Wirksamkeit des Dreiverbandes gelassen. Jetzt aber hat diese Vereinigung, unter dem Einflusse historischer Notwendigkeiten entstanden, nicht nur ihre ganze Festigkeit bewiesen, sondern auch gezeigt, daß sie zugunsten der Erhaltung des allgemeinen Friedens zu handeln imstande ist. In dieser Hinsicht ist es äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Sollte man es nicht dieser Entschlossenheit der drei Ententemächte zuschreiben, daß Deutschland die Nachgiebigkeit gezeigt hat, die endlich zu der Unterzeichnung des Abkommens vom 4. November geführt hat?

Indem ich dem gemeinsamen Vorgehen der drei Mächte das Verdienst der Erhaltung des Friedens zuschreibe, will ich mich hinsichtlich der Zukunft keinem Optimismus hingeben. Nach der soeben durchlebten Krise ist die politische Lage Europas noch weniger gefestigt. Es besteht kein Zweifel, daß ein jeder lokale Zusammenstoß zwischen den Mächten unbedingt zu einem allgemeinen europäischen Konflikt führen muß, an dem sich sowohl Rußland als auch eine jede andere europäische Macht wird beteiligen müssen. Mit Gottes Hilfe kann der Eintritt dieses Konflikts hinausgeschoben werden, daß er aber jederzeit eintreten kann, müssen wir ständig bedenken und uns ständig hierzu rüsten.

Iswolski

4. Kapitel

Ein russischer Vorstoß in der Meerengenfrage

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Ganz geheim

Brief Nr. 631 St. Petersburg, den 22. September/5. Oktober 1911

An Seine Exzellenz A. P. Iswolski

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

Es besteht bereits kein Zweifel mehr, daß die französisch-deutschen Besprechungen über Marokko sich, wenn auch langsam, einem günstigen Ende nähern. Zugleich wird ihr Abschluß anscheinend eine solche Form annehmen, daß die anderen Mächte, die an den in den Besprechungen berührten Fragen interessiert sind, sich den angenommenen Beschlüssen nur werden „anschließen“ und ihre Zustimmung dazu erteilen können.

Da wir durch genau festgelegte Beziehungen mit Frankreich verbunden sind und nur wenig Interesse am Nordwesten Afrika haben, ist es klar, daß wir im voraus allem zustimmen werden, was Frankreich in diesen Verhandlungen mit Deutschland beschließen wird. Aber das gibt uns, wie mir scheint, berechtigten Anlaß, zu hoffen, daß Frankreich sich moralisch verpflichtet fühlen wird, uns bei gegebener Gelegenheit mit gleicher Münze zu zahlen, und von vornherein auf eine Opposition oder Einmischung in solche Fragen zu verzichten, an denen Frankreich weniger interessiert ist, während wir an ihnen ein wesentliches Interesse haben. Zu diesen Fragen gehören zwei von besonders ausgeprägtem Charakter, nämlich die der „Meerengen“ und die der „Mandschurei“.

Weit entfernt davon, Frankreich bezüglich der Meerengen durch irgendein konkretes Versprechen für eine bestimmte Zukunft binden zu wollen, halten wir es doch für zeitgemäß, uns der Zustimmung unseres Verbündeten zu versichern, daß er sich unserem Standpunkt und unseren etwaigen Schritten in dem Augenblick nicht widersetzt, wo wir es für nötig erachten werden, in unseren Fragen zu bestimmten Besprechungen und vielleicht sogar Handlungen überzugehen.

Ich nehme an, daß man dem Abkommen über die Meerengen

in Anlehnung an die mit Italien in Racconigi ausgetauschten Formulierungen, die nunmehr mit größter Genauigkeit festgelegt werden müßten, die Form von Briefen zwischen den beiden Ministern des Äußeren, ungefähr in der Art des hier beigefügten Entwurfes, geben könnte.

Bezüglich der mandschurischen Angelegenheit werde ich mich in einem besonderen Schreiben unter demselben Datum ausführlicher auslassen.

Wollen Sie bitte bei der ersten Gelegenheit der Regierung der Republik unsere oben dargelegten Erwartungen zur Kenntnis bringen und mich zu gegebener Zeit von dem Gang Ihrer Unterhaltung über diese Sache telegraphisch unterrichten.

Genehmigen Sie usw.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 1450

St. Petersburg, den 28. September/11. Oktober 1911

Unter Bezug auf mein Schreiben Nr. 632.

Tscharikow hat die vorbereitenden Schritte unternommen und sich vertraulich mit dem französischen Botschafter ausgesprochen, der zugegeben hat, daß der Zeitpunkt für die Aufnahme von Unterhandlungen sowohl wegen der Eisenbahnen wie auch der Meerengen günstig sei. Bompard hat die Solidarität mit Großbritannien als notwendig anerkannt. Das läßt vermuten, daß zwischen Frankreich und England vielleicht ein Sonderabkommen in der Frage der Meerengen besteht. Wenn es im Laufe Ihrer Befprechung mit der französischen Regierung möglich ist, diese Seite der Angelegenheit aufzuzählen, so telegraphieren Sie bitte zwecks neuer Instruktionen für Tscharikow.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

(Mitgeteilt nach Konstantinopel)

Geheimtelegramm Nr. 1455

Chiffriert

St. Petersburg, den 28. September/11. Oktober 1911

Der französische Geschäftsträger hat mich im Auftrage von de Selves über die Bedeutung der von Tscharikow gegenüber Bom-

pard gemachten Erklärungen in der Angelegenheit der Meerengen befragt. Ich habe ihn auf den besonderen Wert hingewiesen, den die Meerengen für uns haben, auf die Notwendigkeit, unser Interesse an ihnen wahrzunehmen, und auf die besondere Wichtigkeit, die für uns die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über sie in diesem Augenblick hat. Da wir es für wünschenswert hielten, vor allem der französischen Regierung unseren Standpunkt darzulegen, hätten wir uns durch Ihre Vermittlung an das Kabinett von Paris gewandt, um uns über seine Stellungnahme in dieser Frage zu unterrichten. Wir gingen dabei von der Überzeugung aus, daß Frankreich unseren Wunsch nach Anerkennung unseres speziellen Interessen in der Meerengenfrage mit Sympathie begegnen werde. Erst daraufhin würden wir die Frage zu prüfen haben, in welcher Richtung wir die Angelegenheit in Zukunft verfolgen sollten. Wir beabsichtigten hierbei, zuerst das Terrain in Konstantinopel zu sondieren, indem wir uns in der besonderen Frage des Rechtes der Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen auf Frankreich stützen wollten. Wir dächten nicht daran, irgendeine prinzipielle Frage in Verbindung mit einer Revision der Verträge aufzuwerfen, sondern trachteten nur nach Verbesserung unserer tatsächlichen Lage, ohne die anderen Mächte zu schädigen. Ehe wir uns an diese letzteren wenden würden, fühlten wir uns verpflichtet, uns der vollen Unterstützung Frankreichs zu versichern.

Panafieu, der mit dem Grundsatz unserer Spezialinteressen in der Meerengenfrage einverstanden war, erklärte unter anderem, daß die endgültige Lösung der Frage im Augenblick einigen Schwierigkeiten begegne, daß aber angesichts unserer freundschaftlichen Beziehungen zu England eine gewisse Verschiebung der Angelegenheit im Sinne unserer Wünsche vielleicht zu verwirklichen wäre.

Neratow

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 28. September/11. Oktober 1911

Sehr vertraulich

Auf dem Original eigenhändiger Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Ich beeile mich, Ihnen die gute Ankunft Ihrer Geheimbriefe Nr. 631, 632 und 990 mitzuteilen und Ihnen für die darin enthaltenen eingehenden Anweisungen über die verschiedenen Angelegenheiten zu danken, bezüglich deren es wünschenswert ist, sich der

Verpflichtung Frankreichs im Zusammenhang mit dem baldigen Abschluß der marokkanischen Besprechungen und mit der augenblicklichen allgemeinen politischen Lage zu versichern.

Um keine Zeit zu verlieren, habe ich meine heutige Zusammenkunft mit H. de Selves dazu benutzt, um ihm in allgemeinen Ausdrücken das Schema unserer Wünsche darzulegen. Ich erinnerte ihn an unsere unverändert freundschaftliche Haltung gegenüber allen Unternehmungen Frankreichs in der Marokkoangelegenheit wie auch an die wirksame diplomatische Unterstützung, die wir der französischen Regierung in ihren gegenwärtigen Schwierigkeiten zuteil werden lassen, und setzte ihm auseinander, daß auch wir von seiten Frankreichs auf eine aufmerksame und zustimmende Haltung in den verschiedenen Fragen rechneten, an denen Frankreich wenig interessiert ist, wir aber ein wesentliches Interesse haben. Sodann habe ich alle Punkte auseinandergesetzt, die in Ihren oben genannten Briefen berührt werden. Beginnend mit der wichtigsten und schwierigsten Frage, der der „Meerengen“, habe ich ihm gesagt, daß ich, obgleich ich über den Zeitpunkt, an dem diese Frage von uns aufgerollt werden könnte, nichts wüßte, jedoch Instruktionen hätte, bereits jetzt die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf sie zu lenken.

„Im Laufe der letzten Zeit“, sagte ich ihm, „haben in Europa und besonders im Mittelländischen Meer sehr wesentliche politische Veränderungen stattgefunden. Frankreich errichtet seine Herrschaft über Marokko; Italien bringt Tripolis und die Kyrenaika an sich; England befestigt seine Stellung in Ägypten und kümmert sich, wie aus der Verfügung über die Neutralität dieses Landes während des türkisch-italienischen Krieges ersichtlich ist, um keinerlei Erwägungen hinsichtlich der juristischen Zugehörigkeit dieses Landes zum Ottomanischen Reiche. Was uns betrifft, so beobachten wir, ohne unmittelbar an diesen Fragen interessiert zu sein, im engsten Anschluß an den allgemeinen Charakter unserer Beziehungen zu Frankreich, England und Italien eine durchaus zustimmende Haltung gegenüber all diesen Handlungen, und machen überdies die uneigennützigsten Anstrengungen, um die Balkanstaaten von kriegerischen Aktionen zurückzuhalten. Aber wir sind verpflichtet, auch an unsere eigenen Interessen zu denken sowie daran, uns von Einschränkungen zu befreien, die uns unter ganz anderen Umständen auferlegt wurden und jetzt völlig veraltet sind. Vor drei Jahren haben wir von Frankreich gelegentlich der durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina hervorgerufenen Krise die bestimmtesten Versicherungen erhalten, daß wir in der Meerengenfrage auf eine Sympathie rechnen könnten. Wir haben aber damals freiwillig darauf verzichtet, diese Frage aufzuwerfen, um die Lage nicht zu komplizieren und den allgemeinen Frieden nicht zu gefährden. Na-

türlich zweifeln wir nicht eine einzige Minute daran, daß uns die Sympathie Frankreichs in dieser Angelegenheit für die Zukunft ebenfalls sicher ist, um so mehr, als das Erscheinen unserer Schwarzen-Meer-Flotte im Mittelmeer die Stellung der französischen Seestreitkräfte in diesen Gewässern nur verstärken kann. Allein angesichts der formellen Änderungen, die sich auf diesem Schauplatz augenblicklich vollziehen, ist es für uns nötig, für eine ebensolche formelle Bestätigung unserer Rechte und Interessen zu sorgen. Wir hoffen demzufolge, daß die französische Regierung sich nicht weigern wird, in irgendeiner Art ihre Stellungnahme gegenüber den Maßnahmen zu formulieren, die wir früher oder später bezüglich der Meerengen und der angrenzenden Gebiete zu ergreifen für notwendig halten werden.“

Ungefähr ebenso eingehend habe ich H. de Selves unsere Wünsche bezüglich der Eisenbahnen in der asiatischen Türkei, bezüglich der unserer Rechte auf die ostchinesische Eisenbahn, der Kapitulationen in der Mandschurei, der Frage der Mongolei und Chinesisch-Turkestans und schließlich bezüglich der chinesischen Anleihe auseinandergesetzt.

H. de Selves hat mich mit der größten Aufmerksamkeit an gehört und hat mir, ohne auf eine sofortige Prüfung der von mir angeregten Fragen einzugehen, erklärt, daß er bereit sei, diese Fragen in der aufrichtigsten Weise mit mir zu besprechen. Er fügte hinzu, er wisse bereits durch seinen Vertreter in Petersburg, daß wir wegen der Lösung der Meerengenfrage in Sorge seien, und daß er die Stärke der von mir vorgebrachten Argumente vollauf zu würdigen wisse.

In Berücksichtigung der sehr schwachen Kenntnisse des H. de Selves in den Fragen der äußeren Politik habe ich mich für den Augenblick auf die oben erwähnte allgemeine Unterhaltung beschränkt. Ich beabsichtige, in einiger Zeit auf das Thema zurückzukommen und dann konkretere Wünsche auszusprechen. Man wird hierzu den Augenblick in Verbindung mit den französisch-deutschen Besprechungen und mit der Entwicklung des Tripolis-konfliktes wählen müssen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

P.S. 29. September/12. Oktober 1911.

Im letzten Augenblick vor Abgang des Kuriers habe ich Ihre Telegramme Nr. 1450 und Nr. 1455 über die Meerengenfrage bekommen. Ich werde mich bemühen, H. de Selves morgen zu sprechen und werde Ihnen das Resultat meiner Unterhaltung mit ihm telegraphisch mitteilen.

Ut in litteris.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 29. September/12. Oktober 1911

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Ich danke für Ihre so ausführlichen und interessanten Anweisungen über unsere unter den augenblicklichen Verhältnissen an Frankreich zu stellenden Forderungen. Sie ersehen durch meinen Kurier, daß ich, ohne eine Minute zu verlieren, Besprechungen über diese Punkte eingeleitet habe. Das Unglück ist, daß H. de Selves sehr wenig über all diese Fragen unterrichtet ist und zudem noch ganz von den Marokko- und Kongofragen in Anspruch genommen wird.

Ich will mich nicht einem übertriebenen Pessimismus hingeben, aber meiner Ansicht nach verwirrt sich die Marokkoangelegenheit von neuem, und ich sehe nicht, wie man einen Ausweg finden kann. Die ganze Schuld liegt an der Verzögerung, der Unbestimmtheit und dem schikanösen Geiste Kiderlens, der hier wie mit Absicht eine derartige Stimmung geschaffen hat, daß das, was vor drei Monaten noch durchaus zu verwirklichen war, jetzt eine fast unüberwindliche Schwierigkeit darstellt. Aus all diesem folgere ich, daß wir von neuem mit der Möglichkeit eines endgültigen Mißserfolges der Besprechungen und mit allen Eventualitäten, die sich daraus ergeben können, rechnen müssen.

In diesem Augenblick werden in der Kanzlei Ihre Telegramme über die Meerengenfrage dechiffriert; aber ich werde wahrscheinlich kaum vor der Abfahrt des Kuriers von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen können. Augenscheinlich hat Tscharikow schon einige Schritte in Konstantinopel unternommen. Ich fürchte, daß er sich mit seiner gewohnten Übertreibung zu sehr überstürzt und der Sache schadet. Sie haben natürlich alles, was hinsichtlich dieser Angelegenheit seinerzeit geschehen ist, wieder aus den Archiven ausgegraben. Mit England haben zweimal Unterredungen stattgefunden: einmal durch die Vermittlungen Benckendorffs, das zweitemal durch meine Vermittlung bei meinem Aufenthalt in London im Herbst 1908 (Bosnische Krise). Alle die hierauf bezüglichen Papiere sind Ihnen, wie ich glaube, von mir übergeben worden, aber vielleicht befinden sie sich im Geheimarchiv bei Savinsky. In London machte man englischerseits ziemlich wesentliche eingehende Einwände, aber im allgemeinen hatte die Angelegenheit einen Schritt vorwärts gemacht. Ferner entsinne ich mich, daß ich eine Erklärung Deutschlands von äußerster Wichtigkeit im Sinne seiner Zustimmung zu unseren Plänen vermerkt habe, aber ich habe vollständig vergessen, in welcher Form und bei welchem Anlaß

diese Erklärung abgegeben wurde: sie war vielleicht sogar in einem Brief oder Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren enthalten. Die darauf bezüglichen Dokumente befinden sich wahrscheinlich bei den anderen Papieren über die Meerengenfrage.

Ich erlaube mir auch darauf hinzuweisen, daß es sehr wichtig ist, am Recht der Durchfahrt durch die Meerengen die Küstenstaaten, also Rumänien und Bulgarien, zu beteiligen. Das würde mit einem Schlag einige ernste Einwände beseitigen.

Wenn wir uns tatsächlich dahin entscheiden, die Frage der Meerengen jetzt anzuschneiden, ist es sehr wichtig, dafür zu sorgen, daß wir hier „eine gute Presse“ haben. In dieser Beziehung bin ich jedoch leider der hauptsächlichsten Waffe beraubt; denn meine dringenden Bitten, mich mit Spezialfonds für die Presse zu versehen, haben zu nichts geführt. Ich werde natürlich alles tun, was an mir liegt; aber hier handelt es sich gerade um eine jener Fragen, in denen die öffentliche Meinung gemäß alter Tradition eher gegen uns eingenommen ist. Ein Beispiel dafür, von welchem Vorteil es sein kann, hier Geld für die Presse auszugeben, ist durch die Tripolisangelegenheit gegeben worden. Ich weiß, daß Tittoni die wichtigsten französischen Organe in sehr gründlicher Weise und mit sehr generöser Hand bearbeitet hat. Die Ergebnisse liegen klar zutage.

Zum Schluß erlaube ich mir, Ihnen ein paar Worte in einer privaten Angelegenheit zu sagen. Ich werde von Stremouchow mit Briefen bombardiert. Er bittet mich, ihn vor den Verfolgungen zu schützen, denen er angeblich von seiten des Ministeriums ausgesetzt ist. Auf meinen Rat hat er Urlaub genommen und sich einer gründlichen Kur in der Schweiz unterzogen, denn seine Nerven sind tatsächlich sehr zerrüttet. Er versichert, er fühle sich vollkommen gesund und ruhig, werde jedoch systematisch von jeder Arbeit ferngehalten. Mir scheint es, daß das Ministerium tatsächlich ihm gegenüber unnütz grausam ist. Letzten Endes ist er zweifellos befähigt und verfügt über eine gute Bildung, und es hat Fälle gegeben, wo das Ministerium gegenüber Personen, die sich schwerer vergangen hatten, bedeutend nachsichtiger gewesen ist. Sie würden mir persönlich einen großen Dienst erweisen, wenn Sie ihm gegenüber etwas milder wären, denn er kann bis zu einem gewissen Grade mit seiner Behauptung, das feindliche Verhalten Hartwigs zu ihm habe seine Ursache in der Unzufriedenheit mit mir, als mit seinem Verwandten, recht haben. Sie wissen, daß ich keineswegs Stremouchow nach Belgrad ernennen wollte und nur seinen dringenden Bitten nachgegeben und ihn darauf hingewiesen habe, er werde sich dort wohl kaum einleben. Wie dem aber auch sei, wollen Sie die Güte haben, es mit ihm noch einmal zu versuchen und ihm einen ausländischen Posten zu geben. Falls dieser

Versuch mißlingt, so können Sie ihn für immer endgültig entfernen.

Die Verhandlungen über die Literaturkonvention haben begonnen. Die ersten Eindrücke unserer Delegierten sind durchaus günstig und sie glauben, die Arbeiten früher beenden zu können, als ursprünglich angenommen war. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage der Übersetzungen. Unsere Wünsche können natürlich nicht in der Form erfüllt werden, wie sie in unserm Entwurfe formuliert sind. Irgend etwas wird man jedoch wahrscheinlich erreichen können. Bentowski beklagt sich bitter über die Antwort des Departements L. S. und CH. D. bezüglich seiner Kurier-Sommervilla und der Tagegelder. Er ist tatsächlich durch diese Antwort seinen Kollegen gegenüber in eine sehr schwierige und sogar peinliche Lage versetzt worden.

Ihr aufrichtig ergebener und zu Diensten bereiter

I swolski

Anhang

Telegramm von H. Paul Cambon, mitgeteilt durch H. de Selves

Nach einem Telegramm aus Rom an den italienischen Botschafter in London soll H. Tscharikow in Konstantinopel eine offizielle Mitteilung gemacht haben, in der er die Freiheit der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe fordert. Rußland würde der Türkei als Gegengabe eine Art Garantie gegen alle Unternehmungen der Balkanstaaten gewähren und sein Vorrecht auf die Erbauung von Eisenbahnen in den Grenzvilajets Kleinasiens aufgeben. Der Marquis Imperiali hat Sir A. Nicolson wegen dieser Sache befragt, der geantwortet hat, nichts von der offiziellen Mitteilung des russischen Botschafters in Konstantinopel zu wissen: „Der russische Botschafter in London hat mit Sir Edward Grey nicht davon gesprochen und H. Neratow hat dem englischen Botschafter in St. Petersburg nichts davon gesagt.“ Sir A. Nicolson fügte hinzu, daß die Angelegenheit der Meerengen nur im Einvernehmen mit den Mächten geregelt werden könne. Er glaubt, die nach Rom gelangte Nachricht von einer russischen Demarche bezüglich der Dardanellen habe ihren Ursprung in einer kürzlichen Unterredung zwischen H. Tscharikow und dem Großwesir. Als H. Tscharikow diese Unterhaltung fortzusetzen versuchte, hat Said Pascha ihn gebeten, sich an den Minister des Äußeren zu wenden. Man hat daraus geschlossen, es handele sich nicht mehr um private Unterredungen, sondern die Besprechungen nähmen einen offiziellen Charakter an.

Sir A. Nicolson hat mir die von Sir Ed. Grey schon dem russischen Botschafter in London gegebene Versicherung bestätigt, England sei entschlossen, die 1908 H. Iswolski gegenüber eingegangene Verpflichtung zu halten. Er wiederholte mir auch das, was er dem Marquis Imperiali über die Notwendigkeit der Teilnahme aller Signatarmächte der Londoner Konvention an den Londoner Verhandlungen über die Meerengen gesagt hatte.

Paul Cambon

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 13./26. Oktober 1911

Sehr vertraulich

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Durch mein Telegramm vom 30. September/13. Oktober habe ich Ihnen kurz über die beiden Besprechungen berichtet, die ich mit H. de Selves wegen der Meerengen hatte. Seitdem bin ich mehrmals auf diese Frage zurückgekommen und habe bei dem französischen Außenminister unabänderlich die sympathischste Haltung gegenüber unseren Wünschen festgestellt. Dabei hielt ich es, da H. de Selves, weder hinsichtlich des Inhaltes, noch des Zeitpunktes der Aufrollung dieser Frage irgendeinen Einwand erhob, nicht für nötig, zur Prüfung der Einzelheiten überzugehen. Die einzige Seite der Sache, die ihn anscheinend besorgt machte, war die wahrscheinliche Stellungnahme Englands hierzu. Aus seinen Worten konnte ich schließen, daß er, obwohl zwischen Frankreich und England kein Sonderabkommen über die Meerengen besteht, einem übereinstimmenden Vorgehen der Kabinette von London und Paris in dieser Angelegenheit große Wichtigkeit beimißt. Wie Sie schon durch mein Telegramm wissen, ist der französische Botschafter in London beauftragt worden, sich über den Standpunkt Sir Ed. Greys in dieser Frage zu informieren. Gestern hat mir H. de Selves gesagt, daß H. Paul Cambon bis jetzt noch nichts hierüber mitgeteilt habe, und daß man nach seinen Nachrichten nur wisse, daß Graf Benckendorff beauftragt sei, die genannte Frage bei der britischen Regierung anzuschneiden.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Abschrift.

Persönliches Geheimtelegramm

St. Petersburg, den 14./27. Oktober 1911

Der französische Geschäftsträger hat mir vertraulich den Text des Übereinkommens mit Deutschland bezüglich der Marokkoangelegenheit mitgeteilt und angekündigt, daß ein ähnlicher Vertrag betreffs des Kongogebiets demnächst unterzeichnet werde. Hierbei hat er sich über unsere Haltung gegenüber diesen Geschehnissen informiert. Ich antwortete, daß wir den Anschluß solcher Vereinbarungen nur begrüßen könnten, und im voraus unsere Zustimmung zu allem gäben, worüber sich die französische und deutsche Regierung verständigen würden.

Glauben Sie nicht, daß im Hinblick auf die Ereignisse in China, die uns leicht zu der Notwendigkeit einer Intervention zur Konsolidierung unserer Stellung in China jenseits der großen Mauer führen können, jetzt der geeignete Moment gekommen ist, um gelegentlich Ihrer Auseinandersetzung mit dem Minister des Äußeren die Fragen, die uns interessieren, und von denen ich Ihnen in meinem Brief vom 22. September, Nr. 990, gesprochen habe, näher zu berühren, und soweit als möglich die definitive Formel für die Verpflichtung, die wir im Einklang mit unserem Plan von Frankreich zu erhalten wünschen, zu finden?

Neratow

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 163 Paris, den 24. Oktober/6. November 1911

Angesichts der Unterzeichnung des französisch-deutschen Abkommens schien es mir unumgänglich, sofort und ohne die offizielle Annahme durch uns abzuwarten, die Resultate meiner Unterredungen mit de Selves über die Meerengen und Nordchina zu sichern. Zu diesem Zweck schrieb ich an H. de Selves am 4. November neuen Stils einen Brief, in dem ich annähernd in der von Ihnen in Ihrem letzten Brief an mich vorgeschlagenen Form, das sichere Vertrauen auf die Zustimmung Frankreichs zu unseren Wünschen in diesen Fragen zum Ausdruck brachte, wobei ich jedoch noch eine allgemeine Wendung über die Anerkennung unserer Hand-

lungsfreiheit in den Meerengen und in Nordchina durch Frankreich und über seine Zustimmung zu allen Maßnahmen hinzufügte, die wir in diesen Gegenden zur Verteidigung unserer Interessen und zur Befestigung unserer Stellung zu treffen für nötig erachteten werden. Ich hoffe von de Selves die vorbehaltlose Bestätigung dieses Briefes zu erhalten, dessen Text ich Ihnen durch den Donnerstagkurier übersende. Ich habe eine solche rasche Handlungsweise formelleren Besprechungen hauptsächlich darum vorgezogen, um de Selves nicht die Gelegenheit zu geben, unsere Forderungen mit England oder vielleicht mit anderen Mächten durchzusprechen. Wenn die Form, die ich diesem Brief gegeben habe, Ihnen nicht ausreichend erscheint, kann ich ihm immer noch einen vorläufigen Charakter beilegen und die Unterzeichnung eines bestimmteren Abkommens fordern.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Sehr vertraulich — Eine Anlage

Brief

Paris, den 26. Oktober/8. November 1911

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

In Verfolg der Anweisungen, die ich von Ihnen erhielt, habe ich, wie Sie bereits wissen, mit H. de Selves eine Reihe von vorbereitenden Unterredungen über die Anerkennung unserer Handlungsfreiheit in der Meerengenfrage und in Nordchina seitens Frankreichs gehabt. H. de Selves, der in der äußeren Politik sehr wenig auf dem laufenden ist und die Geschichte der besagten Fragen gar nicht kennt, hat sich auf eine Prüfung ihrer Einzelheiten nicht eingelassen, mir aber jedesmal erklärt, die französische Regierung sei bereit, unsere Wünsche vollauf zu befriedigen. Als hierauf das endgültige Abkommen über Marokko und das Kongogebiet zwischen Frankreich und Deutschland zustande kam, schien es mir im höchsten Grade wünschenswert, diesen psychologischen Moment auszunutzen und sofort, das heißt, noch vor unserer offiziellen Antwort auf die französische Mitteilung, hiervon die Ergebnisse der obenerwähnten Unterredungen in schriftlicher Form festzulegen. Ein derart rasches Vorgehen schien mir formelleren Besprechungen um so mehr vorzuziehen, als es H. de Selves weniger Vorwände an die Hand gab, sich mit England oder vielleicht mit irgendwelchen anderen Mächten zu verständigen.

Um keine Zeit zu verlieren, entschloß ich mich, H. de Selves am Tage der Unterzeichnung des französisch-deutschen Abkommens, d. h. am 22. Oktober/4. November, den Brief, dessen Abschrift hier beiliegt, zu schreiben. Wie Sie daraus ersehen wollen, habe ich mich bei der Abfassung dieses Briefes so eng wie möglich an den Text gehalten, den Sie in Ihren letzten Briefen an mich für die Behandlung der verschiedenen von uns berührten Fragen vorgeschlagen haben. Ich fürchtete indessen, daß dieser Text im Hinblick auf den Verlauf der augenblicklichen politischen Ereignisse in der Folgezeit unzureichend oder zu eng gefaßt erscheinen kann. Ein Beispiel für die Schnelligkeit, mit der sich diese Ereignisse unter Umständen entwickeln, kann die gegenwärtige italienisch-türkische Krise bieten. Deshalb schien es mir notwendig, die einzelnen, von Ihnen vorgeschlagenen Punkte durch eine allgemeine Formel zu ergänzen, in der Art derjenigen, die als Grundlage für das französisch-italienische Abkommen von 1902 gewählt wurde und die jetzt von der italienischen Regierung so vorteilhaft genutzt worden ist.

Aus diesem Grunde habe ich der Darlegung dieser Punkte gewissermaßen den Charakter einer Wiederholung dessen gegeben, was ich in einer Reihe von mündlichen Unterredungen ausgesprochen hatte, und habe den Brief mit dem Ausdruck meiner Überzeugung abgeschlossen, „daß in dem Augenblick, in dem Frankreich sich anschickt, seine Stellung in Nordafrika auf einer neuen und festen Grundlage aufzubauen, die französische Regierung, der das Kaiserliche Kabinett in dieser Richtung fortgesetzt seine aufrichtigste diplomatische Unterstützung gewährt hat, ihrerseits bereit ist, uns zu versichern, sie erkenne unsere Handlungsfreiheit in dem Gebiet der Meerengen und in Nordchina an, und werde uns ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die wir zur Sicherung unserer Interessen und zur Befestigung unserer Stellung in diesen Gebieten zu ergreifen beschließen, nicht versagen.“

Auf den Empfang Ihres Telegramms vom 22. Oktober/4. November hin habe ich H. de Selves in Ihrem Namen meine Glückwünsche zu dem glücklichen Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland überbracht. Der Minister sprach mir in den herzlichsten Ausdrücken die Dankbarkeit der französischen Regierung für die loyale und freundschaftliche Hilfe, die wir Frankreich gewährt haben, aus und erklärte, er sei in diesem Augenblick damit beschäftigt, eine Antwort auf meinen Brief vorzubereiten, die uns die positivste Genugtuung geben könnte. Sowie ich diese Antwort erhalten habe, werde ich nicht verfehlten, Ihnen den Inhalt telegraphisch mitzuteilen.

Als ich den Entschluß faßte, der Angelegenheit die oben erwähnte Wendung zu geben, habe ich vollauf in Betracht gezogen,

daß einerseits die Abfassung meines Briefes Ihnen ungenügend erscheinen, und andererseits die Antwort von H. de Selves von unserem Gesichtspunkt aus nicht klar und befriedigend genug erscheinen könnte. In beiden Fällen wird es, denke ich, nicht schwer sein, diesem Briefwechsel gewissermaßen einen vorbereitenden Charakter zu geben und zu Verhandlungen zu schreiten, um eine genauere und erschöpfende Fassung unserer Forderungen und der französischen Verpflichtungen zu erreichen. Ich persönlich glaube jedoch, daß angesichts unserer engen Beziehungen zu Frankreich eine solche Fassung wohl kaum erforderlich sein wird, daß im Gegenteil eine gewisse Elastizität des Textes unter den augenblicklichen so unbestimmten Verhältnissen sowohl im nahen als im fernen Osten sogar gewisse Vorteile bietet.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Anlage

*Abschrift des Briefes des russischen Botschafters in Paris
an den Außenminister der französischen Republik*

Paris, den 4. November 1911

Der französische Geschäftsträger hat dem Stellvertreter des russischen Außenministers den Text des zwischen Frankreich und Deutschland vereinbarten Abkommens über Marokko vertraulich mitgeteilt und ihn gefragt, welcher Aufnahme unsererseits dieses Abkommen begegne. H. Neratow hat nicht gezögert, H. de Panafieu zu antworten, daß die Kaiserliche Regierung das erwähnte Abkommen mit größter Sympathie begrüße und im voraus seine volle und ganze Zustimmung zu allem gebe, was zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin zum Zweck der Bestimmung der neuen Stellung Frankreichs im Reich des Scherifen vereinbart sei. Die Kaiserliche Regierung beauftragt mich, Euer Exzellenz die H. de Panafieu gegebene Antwort zu bestätigen und gleichzeitig die Überzeugung auszusprechen, daß Frankreich seinerseits uns gegenüber eine entsprechende Haltung in gewissen Fragen zeigen werde, an denen die französische Regierung nicht unmittelbar interessiert sei, die aber die russischen Interessen nahe berührten.

Diese Fragen beziehen sich, wie Sie wissen, in Europa auf die Meerengen und in Asien auf die Stellung Rußlands in Nordchina. Im Laufe unserer kürzlichen Unterredungen haben Euer Exzellenz mir die Erklärungen, die wir von der französischen Regierung anlässlich der Begebenheiten von 1908 erhalten haben, bestätigt und mir von neuem versichert, Frankreich stehe den russischen Inter-

essen in der Frage der Meerengen, des Bosporus und der Dardanellen wohlwollend gegenüber und sei bereit, die Entschlüsse zu begünstigen, die Rußland gegebenenfalls bezüglich der erwähnten Meerengen zu fassen gezwungen sein werde. Diese Versicherungen, die ich nicht verfehlt habe, zur Kenntnis meiner Regierung zu bringen, sind von Seiner Majestät dem Kaiser, meinem Erhabenen Herrscher, in hohem Grade gewürdigt worden.

Was die zweite Reihe der Fragen anbelangt, werden Euer Exzellenz sich wohl erinnern, daß wir der französischen Regierung von zwei geheimen Abkommen zwischen Rußland und Japan (vom 17. Juni 1907 und 21. Juni 1910) vertraulich Mitteilung gemacht haben, auf Grund derer die japanische Regierung unsere Interessen und unsere Vorrechte in der nördlichen Mandschurei anerkennt. Die Regierung der Republik, die uns immer ihre Absicht kundgegeben hat, „Rußland in allem, was die Verteidigung seiner politischen Interessen in den Provinzen der Mandschurei berührt, zu unterstützen“ (siehe die Note der französischen Botschaft in St. Petersburg vom August 1909), hat nicht verfehlt, diese Mitteilung mit größter Sympathie aufzunehmen. Noch ganz kürzlich haben Euer Exzellenz uns einen neuen Beweis der freundschaftlichen Gesinnung Frankreichs gegeben, indem Sie uns gelegentlich der neuen chinesischen Anleihe erklärten, die französische Regierung würde die Kotierung dieser Anleihe zurückweisen, solange nicht den Wünschen der russischen Regierung bezüglich derjenigen Bestimmungen des betreffenden Vertrags, die mit den besonderen Interessen Rußlands in der Mandschurei nicht vereinbar seien, Genugtuung gegeben würde (Note des französischen Ministeriums des Äußeren vom 19. Juli 1910).

Euer Exzellenz wissen ferner, daß die chinesische Regierung seit einiger Zeit eine Reihe von Maßnahmen zu treffen versucht, die darauf ausgehen, die russische Stellung in Nordchina zu schwächen. Der Gang der Ereignisse kann uns daher früher oder später zwingen, zu der in unserem Abkommen mit Japan vorgesehenen Festigung und Entwicklung unserer Stellung in den erwähnten Gebieten zu schreiten. Die Kaiserliche Regierung ist davon überzeugt, daß die Regierung der Republik ihrerseits den Absichten der chinesischen Regierung, den gegenwärtigen Stand der Zivil- und Militärverwaltung in der Mandschurei und in Chinesisch-Turkestan zu unserem Schaden zu ändern und dort in Widerspruch zu den russischen Interessen internationale Interessen zu schaffen, keinerlei Vorschub leisten wird.

Die Kaiserliche Regierung glaubt auch darauf rechnen zu können, daß die französische Regierung in Anerkennung des besonderen Charakters des Gebietes der ostchinesischen Eisenbahn der Gesellschaft der besagten Eisenbahn nicht das Recht bestreiten

wird, auf ihrem Gebiete kommunale Einrichtungen, Steuern und Verordnungen einzuführen. Sie ist endlich davon überzeugt, daß Frankreich sich nicht weigern wird, eventuell auf die Rechte der Extritorialität auf dem Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn zu verzichten, falls die anderen Mächte einem Verzicht auf diese Rechte zustimmen sollten.

Unter Zusammenfassung des Ausgeföhrten erlaube ich mir, nochmals die feste Überzeugung auszusprechen, daß in dem Augenblick, in dem Frankreich, der Freund und Verbündete Rußlands, darangeht, seine Stellung in Nordafrika auf einer neuen und festen Grundlage aufzubauen, die französische Regierung, der das Kaiserliche Kabinett fortgesetzt seine aufrichtigste diplomatische Unterstützung gewährt hat, ihrerseits bereit ist, uns zu versichern, daß sie unsere Handlungsfreiheit im Gebiete der Meerengen sowie in Nordchina anerkennt, und uns ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die wir zur Sicherung unserer Interessen und zur Festigung unserer dortigen Stellung zu treffen in die Lage kommen könnten, nicht versagen wird.

Ich bitte Euer Exzellenz, mir ergebenst bestätigen zu wollen, daß die Regierung der Republik in den verschiedenen in diesem Briefe berührten Fragen mit uns übereinstimmt, und benutze diese Gelegenheit, um Ihnen die wiederholte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung auszusprechen.

Iswolski

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm. Persönlich

St. Petersburg, den 29. Oktober/11. November 1911

Nr. 163 erhalten (chiffriert).

Der französische Geschäftsträger teilte mir mündlich den Inhalt Ihres Briefes an de Selves über die Meerengen und China jenseits der großen Mauer mit und fragte mich, ob dieser Brief auf Ihre Initiative oder im Auftrage der Kaiserlichen Regierung geschrieben worden sei.

Ich antwortete, daß der Grundgedanke Ihres Schrittes natürlich von der Kaiserlichen Regierung ausgehe, daß aber die Form der Ausführung von Ihnen gewählt sei, und daß Sie augenscheinlich die Form eines Privatbriefes gewählt hätten, weil unsere Antwort an die Regierung der Republik gleichfalls noch keine offizielle Form angenommen habe.

Ich fügte hinzu, daß die Meerengenfrage und die unserer Stel-

lung in China jenseits der großen Mauer nunmehr reif seien. Wir wollten jedoch selbstverständlich hinsichtlich dieser Frage keine Schritte tun, bevor wir nicht die von unserem Bundesgenossen Frankreich dazu eingenommene Stellung geklärt hatten.

Neratow

*Der russische Botschafter in Paris an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 10./23. November 1911

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Aus Ihrem offiziellen Brief geht für mich nicht ganz klar hervor, ob Sie mein Vorgehen in der Frage der Besprechungen über die Meerengen und Nordchina gebilligt haben. Mein Brief an de Selves hat, ohne den weiteren Verlauf dieser Besprechungen irgendwie im voraus zu beeinflussen, die günstige Folge gehabt, diese beiden Fragen aus dem Bereich der allgemeinen und unfruchtbaren Unterhaltungen mit dem Minister, der keine Ahnung von ihrer Wichtigkeit und ihrem Wesen hat, herauszulösen. Wie ich es vorausgesehen hatte, wird die Antwort auf meinen Brief wohl kaum erschöpfend und dazu geeignet sein, uns volle Genugtuung zu geben. In einer Unterredung mit mir bekundete H. Louis unter anderem eine gewisse Unruhe wegen der in Konstantinopel stattfindenden Besprechungen und fragte mich, ob mein Brief die Frage der Meerengen genau in der Form, in der Tscharykow sie augenscheinlich aufgeworfen hat, ins Auge fasse, das heißt, in Verbindung mit der von uns der Türkei angeblich angebotenen Garantien für ihre Herrschaft über die Ufer des Bosporus und der Dardanellen.

Ich beeilte mich, ihm zu erklären, daß meine Frage wegen der Meerengen nichts mit diesen oder jenen Schritten Tscharykows gemein habe und lediglich prinzipiellen Charakter trage. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die französische Regierung sich scheuen wird, eine bedingungslose Verpflichtung im Sinne einer Anerkennung unserer vollen Handlungsfreiheit in den Meerengen uns gegenüber einzugehen, und daß sie, sich zum erstenmal auf irgendeine unbestimmte Formel beschränkend, uns ersuchen wird, unsere Wünsche genauer darzulegen. Wenn uns eine derartige Antwort nicht ausreichend erscheint, wird sie uns einen durchaus bequemen Vorwand geben, um in formellere und mehr ins einzelne gehende Besprechungen einzutreten. Hinsichtlich Nordchinas scheint es mir, daß, wenn die französische Regierung diese Frage im Zusammenhang mit der des an Indochina stoßenden Gebiets des Chi-

nesischen Reiches stellen wird, dies ihre Lösung bedeutend erleichtern wird.

Obwohl Sie, wie ich weiß, H. Louis nicht sehr lieben und kein besonderes Zutrauen zu ihm haben, so kann ich nicht anders als mich freuen, endlich jemanden hier zu haben, mit dem es möglich ist, ernsthaft zu sprechen. Im Laufe der letzten Wochen, d. h. seit Eröffnung des Parlaments, ist de Selves vollständig unsichtbar, und außerdem kommt aus den Unterhaltungen mit ihm sehr wenig heraus, da er vollständig von der Verteidigung des französisch-deutschen Abkommens in Anspruch genommen ist, nichts von anderen Angelegenheiten weiß und das, was man ihm darüber sagt, anhört, ohne es in sich aufzunehmen. Der Vorfall mit Ballin wird hoffentlich zur Errichtung des Postens eines permanenten Generalsekretärs führen, entsprechend dem, den Nicolson in London einnimmt. Soviel ich weiß, ist Louis sehr wenig geneigt, diesen Posten anzunehmen, und besteht darauf, nach Petersburg zurückzukehren.

Nach den heutigen Zeitungen zu urteilen, ist der Konflikt mit Persien zu meiner aufrichtigen Freude glücklich beigelegt. Ist es aber wirklich möglich, daß danach Morgan Shuster nicht aus Persien ausgewiesen werden wird? Seine Ausweisung würde ich zu unserer ersten Forderung machen. Glauben Sie außerdem nicht, daß nach dieser Lehre für die persische Regierung die Stunde geschlagen hat, sich mit der Frage der Eisenbahnbaute in Persien und vor allem mit dem transpersischen Transitwege zu beschäftigen? Hier haben die vorbereitenden Arbeiten auf finanziellem Gebiet in letzter Zeit recht merkliche Fortschritte gemacht. Die Gründung einer „Studiengesellschaft“ kann als gesichert angesehen werden. Aber, soweit ich informiert bin, ist die diplomatische Vorbereitung dieser Angelegenheit noch sehr wenig vorgerückt, und doch ist dies die Grundlage, ohne die keine finanzielle Kombination möglich ist. In der nächsten Woche erwartet man hier Busche und Petschkowski wegen der endgültigen Entscheidungen in der Frage der Studiengesellschaft. Ich verfolge diese Sache mit viel Aufmerksamkeit, habe aber hierüber von Ihnen sehr wenig Nachrichten. Haben Sie die Güte, mir die hierauf bezüglichen letzten Dokumente zu senden, d. h. den letzten Meinungsaustausch hierüber mit dem Londoner Kabinett, von dem ich nur indirekt Kenntnis habe.

Was für Nachrichten haben Sie von S. D. Sasonow?

Ich begebe mich gleich zu de Selves, um ihm von der möglichen Schließung der Meerengen für den neutralen Handel Mitteilung zu machen. Das Ergebnis werde ich Ihnen telegraphisch mitteilen.

Zum Schluß gestatten Sie mir, mich an Sie in folgender Angelegenheit zu wenden. Während meiner Amtszeit als Minister habe ich ein-, vielleicht auch zweimal dem Korrespondenten der

„Nowoje Wremja“ in London, Wesselitzki-Boshidarowitsch, eine geldliche Unterstützung erwiesen, indem ich ihm eine Kurier-Sommerville für den Aufenthalt in Petersburg anweisen ließ. Diese Ausgaben sind nicht unnütz gewesen, denn sie haben zweifellos auf das Verhalten der Schriftleitung des gesamten Blattes zu unserem Ministerium Einfluß gehabt. Wesselitzki, der vor kurzem in Paris war, bat mich um meine Unterstützung, damit ihm in diesem Jahre dieselbe Subsidie gewährt würde. Falls Sie dies für möglich erachten, so lassen Sie es Wesselitzki nach London durch den Grafen Benckendorff wissen, der ebenso wie ich diese Maßnahme für gerecht und nützlich hält.

Ihr aufrichtig ergebener und zu Diensten bereiter

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Abschrift

Sehr vertraulicher Brief

Paris, den 10./23. November 1911

Ich hatte die Ehre, Ihren Geheimbrief vom 3. November dieses Jahres unter Nr. 1181 zu erhalten. Vor allem halte ich es für meine Pflicht zu erklären, daß das Fehlen des Wortes „Mongolei“ in der Abschrift meines Briefes an den französischen Außenminister natürlich nur auf Unachtsamkeit der Kanzlei beruht; sowohl im Entwurf als auch in dem Briefe selbst, den ich mit eigener Hand abgeschrieben habe, sind alle drei Gebiete, d. h. die Mandschurei, die Mongolei und Chinesisch-Turkestan erwähnt. Seit der Übergabe des besagten Briefes habe ich H. de Selves kaum gesehen, da er vollständig durch die Verteidigung des französisch-deutschen Abkommens über Marokko und das Kongogebiet vor dem parlamentarischen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Anspruch genommen ist. Übrigens ist der gegenwärtige französische Minister des Äußeren so wenig mit dem wesentlichen Inhalt der Geschichte der von mir aufgeworfenen Fragen vertraut, daß eine Unterhaltung mit ihm über dieses Thema wahrscheinlich sehr wenig Nutzen bringen würde. Tatsächlich leitet augenblicklich H. Georges Louis, der ausgezeichnet informiert ist, zeitweilig die wichtigsten politischen Angelegenheiten; soviel ich weiß, ist ihm die Abfassung der Antwort auf meinen Brief anvertraut worden; ich habe mit ihm zwei sehr interessante Unterredungen gehabt, die mich genügend über die Stellungnahme des französischen Ministers unseren Wünschen gegenüber aufklärten.

Den Worten H. Louis' konnte ich entnehmen, daß man hier

etwas ängstlich ist, eine Verpflichtung uns gegenüber bezüglich der Meerengen in den von mir im letzten Teil meines Briefes gebrauchten Ausdrücken zu übernehmen. H. Georges Louis ist hauptsächlich wegen der Unbestimmtheit des Ausdruckes „Handlungsfreiheit“ besorgt. Er würde gern in bestimmter Form erfahren, was wir bezüglich der Meerengen zu unternehmen gedenken, und nach welcher Lösung der hiermit zusammenhängenden Fragen wir streben.

Ich antwortete H. Louis, daß der besagte Ausdruck von mir gerade wegen seiner Unbestimmtheit gebraucht worden sei, da es augenblicklich nicht möglich sei, vorauszusehen, welche Wendung die Meerengenfrage nehmen wird. „Rußland“, sagte ich ihm, „hat Interesse daran, die Existenz des Türkischen Reichs so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, aber unter der Bedingung, daß man uns von veralteten und mit unseren Interessen und unserer Würde unvereinbaren Beschränkungen befreit. Aus diesem Grunde streben wir in erster Linie nach einer freundschaftlichen Verständigung mit der türkischen Regierung über diese Frage. Wenn sich aber eine solche Verständigung als undurchführbar erweisen oder die Liquidierung der türkischen Herrschaft in Europa erfolgen wird, so wird sich natürlich auch unser Standpunkt in der Frage der Meerengen ändern. Ebenso wie Frankreich uns diesen Sommer erklärt hat, daß es die Festsetzung irgendeiner fremden Macht in Marokko nicht zulassen könne, sind wir unsererseits verpflichtet, Frankreich davon zu unterrichten, daß Rußland die Meerengen nicht in andere Hände als die Rußlands übergehen lassen kann. Wir sind selbstverständlich im voraus davon überzeugt, daß wir sowohl im ersten wie im zweiten Fall von seiten des verbündeten Frankreich voller Sympathie und Unterstützung begegnen werden. Indessen ist es für uns sehr wichtig, die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage genau festzulegen. Ebenso steht es mit den Fragen in Verbindung mit Nordchina. In meinem Briefe sind einige der Maßnahmen aufgezählt, die wir aller Wahrscheinlichkeit nach in näherer oder fernerer Zukunft verwirklichen müssen, um unsere Stellung in diesen Ländern zu befestigen. Aber es ist klar, daß hiermit nicht alle im Laufe der Zeit möglichen Kombinationen und Eventualitäten erschöpft sind. Es ist augenblicklich nicht möglich, vorauszusehen, wie sich die Ereignisse, die sich jetzt in China abspielen, entwickeln werden. Wenn für das Chinesische Reich endgültig die Periode der Auflösung beginnt, können wir uns gezwungen sehen, unser Programm zu erweitern. Ebenso kann uns eine aktive Intervention Japans, mit dem wir einen Vertrag über die Begrenzung der wechselseitigen Einflußsphären in der Mandschurei abgeschlossen haben, hierzu bringen. In allen diesen Fällen sind wir gleichfalls berechtigt, die Sympathie und diplomatische Unterstützung unseres Verbündeten zu erwarten.“

Soviel ich bemerken konnte, haben diese Erklärungen auf H. Louis den nötigen Eindruck gemacht. Er stimmte mit mir darin überein, daß es sehr nützlich sei, im voraus zwischen Rußland und Frankreich die Stellungnahme der beiden Regierungen gegenüber den Ereignissen zu klären, die sowohl im nahen wie im fernen Osten eintreten könnten. Er erkannte auch an, daß der von mir eingeschlagene Weg das beste Mittel sei, einen Meinungsaustausch über die oben dargelegten Fragen zu beginnen. Ich betonte meinerseits nochmals, daß mein Brief an H. de Selves nur einen vorbereitenden Charakter habe, und daß wir, wenn die französische Regierung seinen Inhalt zu unbestimmt finde, leicht zu einer bestimmteren Formulierung unserer Wünsche übergehen könnten. Zuletzt versprach mir H. Louis, mir seinen Entwurf zu einer Antwort gleich nach dessen Fertigstellung mitzuteilen.

Ich werde natürlich nicht verfehlten, Ihren Weisungen gemäß die französische Antwort nur „ad referendum“ zu nehmen, in Erwartung ihrer Prüfung durch die Kaiserliche Regierung. In seiner Unterredung mit mir hat H. Georges Louis keinerlei Einwand gegen die Möglichkeit erhoben, uns dieses oder jenes Versprechen in geheimer Form zu geben. Daher scheint es mir vor Kenntnis des Entwurfes der französischen Antwort auch nicht nötig zu sein, die ursprüngliche Fassung unserer Wünsche bezüglich Nordchinas abzuändern. Andererseits ist es sehr möglich, daß die französische Regierung ihre Zustimmung zu unseren Wünschen nur geben wird, wenn wir entscheidende Zusicherungen bezüglich ihrer Interessen in dem an Indochina grenzenden Teil Chinas übernehmen, was, soviel ich weiß, von unserer Seite keinen besonderen Einspruch hervorrufen kann.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris

Abschrift eines sehr vertraulichen Briefes

Nr. 1223 St. Petersburg, den 17./30. November 1911

Auf das Schreiben Eurer Exzellenz vom 10. November dieses Jahres beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß sowohl die von Ihnen H. Georges Louis bezüglich der Meerengenfrage und der Anerkennung unserer Spezialinteressen im nördlichen China abgegebenen Erklärungen, als auch die Art und Weise, in der Sie in Ihrem Brief vom 4. November neuen Stils an H. de Selves diese Fragen for-

muliert haben, voll und ganz unseren Wünschen und Absichten entsprechen.

Es versteht sich von selbst, daß wir gegen eine konkretere Form der Zusicherungen, die wir von der französischen Regierung in diesen Fragen zu erhalten wünschen, wie auch gegen die Anerkennung einer besonderen Stellung Frankreichs in den Provinzen Chinas, für die es sich interessiert, unsererseits keinerlei Einwendungen erheben werden, falls die französische Regierung es wünschen sollte.

Genehmigen Sie usw.

Neratow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

(Ohne Datum) Ende Dezember 1911

Lieber Sergei Dmitriewitsch!

Zu meiner Freude habe ich durch B. Schilling erfahren, daß Sie ohne zu große Ermüdung in Petersburg eingetroffen sind und daß Sie sich für den Augenblick wohl und gesund fühlen. Gott gebe Ihnen Kräfte und Gesundheit zur Fortführung Ihrer schweren Arbeit. Hier ist endlich die Annahme des französisch-deutschen Vertrages durch die Deputiertenkammer zustande gekommen; nach seiner Annahme durch den Senat muß man mit einer Ministerkrise rechnen. Jetzt, nach Liquidierung der Marokkoangelegenheit, ist die Frage, wer die Herren Caillaux und de Selves ersetzen wird, im Grunde genommen nicht sehr wichtig. Je mehr Veränderungen, desto mehr bleibt alles dasselbe. Man kann jedoch nicht umhin, zu wünschen, an der Spitze des Quai d'Orsay eine Persönlichkeit zu sehen, die in den Geschäften etwas mehr auf dem laufenden ist als dieser unglückliche de Selves. Meiner persönlichen Ansicht nach hat er bei den marokkanischen Verhandlungen große Fähigkeiten gezeigt; aber die hiesige Öffentlichkeit ist anderer Meinung, und die Deputiertenkammer war ihm gegenüber von unbarmherziger Härte und ungerechter Strenge. Die Schaffung des Postens eines Generalsekretärs beim Ministerium des Äußeren ist grundsätzlich beschlossen, aber Georges Louis hat leider diesen Posten abgelehnt und reist am nächsten Mittwoch nach Petersburg ab. Als Kandidaten nennt man Gérard (Botschafter in Tokio) und Paléologue (Gesandter in Sofia). Der erstere ist ernster zu nehmen. Georges Louis sagte mir, daß ich vor seiner Abreise ganz bestimmt Antwort auf meinen Brief über die Meerengen und Nordchina erhalten werde. Aus einigen seiner Worte schließe ich, daß diese Antwort

in freundschaftlichen, aber allgemeinen, und wahrscheinlich sogar ausweichenden Wendungen gehalten sein wird. Das erklärt sich unter anderem aus der allgemeinen Unzufriedenheit, mit der hier die Veröffentlichung des Geheimvertrages mit Italien von 1902 aufgenommen wurde. Das Kabinett Caillaux, das sich eine Stunde lang als Kalif fühlt, fürchtet ganz natürlich, irgendeine formelle, geheime Verpflichtung einzugehen, die später als Waffe gegen ihre Urheber dienen könnte. Ich glaube aber, daß es ungeachtet dessen sehr tunlich wäre, unsere Wünsche in den obigen Fragen schriftlich zu formulieren und daß das Ausweichen der französischen Regierung vor einer entscheidenden Antwort in diesem Augenblick uns nicht der Möglichkeit beraubt, in einem günstigeren Augenblick wieder darauf zurückzukommen. Über den Verlauf der persischen Angelegenheiten läßt es sich nach den Agenturmeldungen sehr schwer urteilen. Ich kann nicht umhin, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß in der ausländischen Presse fast ausschließlich überaus tendenziöse Telegramme aus Teheran erscheinen und Meldungen aus Petersburg fast ganz fehlen. Das beeinflußt sehr ungünstig die öffentliche Meinung, und es wäre sehr zu wünschen, daß der Verlauf dieser Angelegenheit durch die St. Petersburger Agentur oder „Havas“ ausführlicher in einem für uns wünschenswerten Sinne beleuchtet würde.

Ich wünsche Ihnen nochmals von Herzen Gesundheit und vollen Erfolg in allem.

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Auszug aus einem streng vertraulichen Briefe

Paris, den 27. Dezember 1911/11. Januar 1912

... H. de Selves, der zwei Monate vollständig durch die Verteidigung des französisch-deutschen Abkommens, zunächst vor der Deputiertenkammer und dann vor dem Senat, in Anspruch genommen war, hat mir endlich eine schriftliche Antwort auf meinen Brief über die Meerengen und Nordchina zukommen lassen. Wenn man diesen Brief seinem Wesen nach prüft, so kann, wie mir scheint, festgestellt werden, daß er nicht ohne Bedeutung und Wert ist. In seinem ersten Teil enthält er, in Form einer Wiederholung, die Anerkennung der Gleichartigkeit unserer Haltung gegenüber den Interessen Frankreichs in der Marokkofrage und der Haltung Frankreichs gegenüber unseren Interessen in der Frage der Meer-

engen und des nördlichen China. Des weiteren bestätigt H. de Selves formell die Zusicherungen, die uns die französische Regierung 1908 hinsichtlich der Meerengen gegeben hat. Bekanntlich waren diese Zusicherungen damals nicht schriftlich niedergelegt, sondern lediglich in Form von Versprechungen gegeben worden, Frankreich werde unsere Politik am Bosporus und den Dardanellen ganz allgemein unterstützen. Ferner: die von H. de Selves ausgesprochene Bereitwilligkeit, mit uns wegen der Meerengen in einen Meinungsaustausch einzutreten, gibt uns die Möglichkeit, mit der Zeit zu einer mehr ins einzelne gehenden Klärung dieser Frage zu gelangen. Wenn Ihnen, im Gegensatz zu meiner Auffassung, der Brief des H. de Selves für unsere Zwecke nicht ausreichend erscheinen sollte, so ist es möglich, meinem ganzen Schriftwechsel mit dem französischen Minister des Äußern einen nur vorbereitenden Charakter beizulegen und förmlichere und eingehendere Unterhandlungen einzuleiten. Ich erlaube mir jedoch, die Ansicht auszusprechen, daß dies bei dem augenblicklichen Stand der Dinge hier schwerlich wünschenswert ist. Wie Sie wissen, ist H. de Selves, ja auch H. Caillaux selbst nur Kalif für eine Stunde. Es ist sehr schwierig und sogar nutzlos, mit ihnen eine Erörterung verwickelter internationaler Fragen zu beginnen. Sehr wahrscheinlich wird der Nachfolger des H. de Selves eine Persönlichkeit sein, die größere Kenntnisse und mehr Gewicht in derartigen Fragen besitzt (zum Beispiel H. Millerand). Wenn Sie es also für nützlich halten, wird es dann möglich sein, die uns interessierenden Fragen eingehender zu erörtern und der französischen Regierung bestimmtere Erklärungen zu entlocken.

Iswolski

*Der französische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Anlage

Abschrift einer Note

Paris, den 4. Januar 1912

Euer Exzellenz haben am 4. November im Namen und Auftrag der russischen Regierung die Überzeugung auszusprechen geruht, daß Frankreich sicherlich bereit sein werde, Rußland in einzelnen Fragen, die unserem Verbündeten besonders am Herzen liegen, ein ebenso weites Entgegenkommen zu bezeugen, wie dies die russische Regierung gelegentlich der Vorbesprechungen und des kürzlich abgeschlossenen Marokkovertrages bewiesen habe.

Die Fragen, die Sie in Ihrem vorerwähnten Schreiben ganz besonders im Auge hatten, beziehen sich in Europa auf das Regime

der Meerengen und in Asien auf die Stellung Rußlands in den nördlichen Gebieten des Chinesischen Reiches.

Ich freue mich, ganz allgemein von neuem Eurer Exzellenz die Erklärungen der französischen Regierung gelegentlich der Ereignisse von 1908 bestätigen zu können, in denen es sich um die Genugtuung handelt, die die russische Regierung in der Frage des Bosporus und der Dardanellen zu verlangen vielleicht sich veranlaßt sehen könnte. Die französische Regierung erklärt sich bereit, hierüber mit der russischen ihre Ansichten auszutauschen, wenn neue Verhältnisse eine Prüfung der Meerengenfrage notwendig machen sollten.

Was die Interessen Rußlands in Nordchina betrifft, so haben Eure Exzellenz daran zu erinnern geruht, daß die französische Regierung beständig ihre Absicht, Rußland in der Verteidigung seiner Interessen in der Mandschurei zu unterstützen, bekundet und tatsächliche Beweise ihres guten Willens in dieser Hinsicht gegeben hat, indem sie zuletzt noch die Kotierung der chinesischen 250-Millionen-Anleihe zurückwies, solange nicht der auf die Mandschurei bezügliche Artikel 16 des Vertrages gestrichen und im Sinne der russischen Forderungen umgearbeitet worden sei.

Die von der französischen Regierung also bekräftigte Unterstützung aller Rechte und legitimen Interessen Rußlands in Nordchina erstreckt sich nicht nur auf den Norden der Mandschurei, sondern auch auf die Mongolei und Chinesisch-Turkestan: die Politik, die wir auf diesem Gebiet ständig befolgt haben, ist eine sichere Gewähr dafür, daß wir sie auch in Zukunft in diesen unserem Verbündeten besonders wichtigen Gebieten fortsetzen werden.

de Selves